Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 12 | Januar-Februar 1976 | 1,--DM/öS 7

Angola:

Vom nationalistischen Machtkampf zur imperialistischen Intervention

8. Januar — *Kurz vor dem Zusammentreffen der Konferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OA U) überschlagen sich die neuesten Nachrichten: Washington übe Druck auf Pretoria aus, um Südafrikas direktes Engagement in Angola zu reduzieren. Einige Gazetten melden dann auch pflichtschuldigst, Südafrika ziehe bereits seine Truppen aus Angola zurück, um die afrikanischen Staaten nicht zu schädigen, die die FNLA/UNITA-Koalition unterstützten. Die Sowjetunion gibt ihre Bereitschaft in Prawda-Kommentaren deutlich zu erkennen, daß sie auch einer erneuten Koalitionsregierung der drei Unabhängigkeitsbewegungen zustimmen würde. Die militärische Kraft der MPLA drängt die FNLA / UNITA-Fronten zurück. Es scheint selbst zwischen FNLA und UNITA zu Gefechten gekommen zu sein; die UNITA gibt zu verstehen, daß sie auch zu einem Block mit der MPLA bereit wäre. - Redaktionell abgeschlossen wurde der nachfolgende Artikel vor dem Eintreffen dieser Nachrichten und der Spekulationen, die sich an sie und die bevorstehende OA U-Konferenz knüpfen. Wie auch der Appell dieser Konferenz aussehen wird, unsere grundlegenden Positionen werden durch sie nicht berührt. Wir haben den bedingten Charakter unserer militärischen Unterstützung der MPLA im Kampf gegen die vom Imperialismus geführte FNLA/ UNITA-Koalition betont, und wir haben erläutert, daß Marxisten im bloßen Machtkampf zwischen linken und rechten Nationalisten keine Partei ergreifen können. Unsere Kriterien*



UNITA- und südafrikanische Truppen führten gemeinsam die imperialistische Offensive gegen die MPLA von Süden her.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit 8

GIM/VS-Impressionen über den Maostalinismus....... 16

und Bedingungen haben prinzipiellen Charakter. Wir publizieren im folgenden unseren Anfang Januar abgeschlossenen Artikel, auch wenn durch die OA U-Konferenz oder andere Ereignisse einige Details überholt sein könnten.

Der Abzug der letzten portugiesischen Truppen aus Luanda stellt das Ende von fünf Jahrhunderten portugiesischer Kolonialherrschaft in Afrika dar. Es ist aber die Frage, ob hieraus ein unabhängiger angolanischer Staat hervorgehen wird. Nach dem Einziehen der portugiesischen Flagge in der Hauptstadt proklamierte die links-nationalistische, von Moskau unterstützte Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) eine neue Regierung. Zur gleichen Zeit bereiteten die Nationale Front für die Befreiung von Angola (FNLA) und die Nationale Union für die vollständige Unabhängigkeit von Angola (UNITA) die Ausrufung einer Gegenregierung vor. Die FNLA wird von den USA finanziert und massiv unterstützt von Zaire (dem ehemaligen Belgisch Kongo), während das maoistische China Waffen und Militärberater liefert. Die UNITA ist neokolonialistisch, wird gestützt von den zurückgebliebenen portugiesischen Unternehmern und zunehmend direkt von Südafrika.

Während der letzten Monate wurde Angola von einem Machtkampf zwischen den drei Gruppen zerfleischt. Eine „Übergangsregierung", errichtet mit der Unterzeichnung des Abkommens von Alvor im Januar 1975, fiel zwei Monate später nach blutigen Kämpfen in der Hauptstadt auseinander. Ein weiterer Versuch, eine Vier-Parteien-Koalition (zusammen mit dem portugiesischen Militär) zustande zubringen, nämlich das Abkommen von Nakuru im Juni, hielt nicht einmal drei Wochen, ehe es erneut zu ernsthaften Zusammenstößen kam. Die Gefechte entwickelten sich rasch zum allgemeinen Bürgerkrieg, in dem die linke MPLA hartnäckig die Hauptstadt und die nördliche Zentralregion hielt, die FNLA sich in Nord-Angola fest verschanzte und die UNITA ihre Gewalt über die südliche Zentralplateau-Region um Nova Lisboa konsolidierte.

Während dieser Zeit besaß jede Gruppe ihre ausländischen Lieferanten: die MPLA erhielt Sowjet-Block- und jugoslawische Waffen; die FNLA wurde unterstützt von Zaire, China und den USA; die UNITA erhielt Hilfe von Sambia und dann von Südafrika. Die Lieferung von Waffen hatte große Wirkung auf die Verschiebung von Kampflinien. So vertrieb die FNLA die MPLA von dem bedeutenden Verkehrsknotenpunkt Caxito, nördlich Luandas, nachdem sie Panzer und Artillerie im letzten Sommer von Zaire erhalten hatte; die MPLA nahm den Knotenpunkt wenige Tage später wieder ein, nachdem sie russische Raketen und panzerbrechende Waffen erhalten hatte. Obendrein marschierten im August südafrikanische Truppen in Südangola ein und besetzten das Gebiet um die Wasser-Elektrizitätsanlagen am Cunene-Fluß. Aber trotz schwerer ausländischer Einmischung blieb der Kampf im wesentlichen ein Dreiecks-Machtkampf zwischen rivalisierenden kleinbürgerlich-nationalistischen Formationen. *In diesem Rahmen gab es keinen Weg, auf dem Marxisten zwischen den Streitenden politisch Partei ergreifen konnten; es gab in Angola keinen qualitativen Unterschied zwischen den kleinbürgerlichen Nationalisten der FNLA und der MPLA. Und jede unabhängig kämpfende proletarische Gewerkschafts- oder Partei-Formation würde von derselben grausamen Repression durch die Nationalisten-Gruppen betroffen werden.*

Die massive Einmischung Südafrikas und der USA

Der angolanische Bürgerkrieg wurde jedoch zunehmend beherrscht von imperialistischen Versuchen, „sowjetischem Einfluß entgegenzutreten". In den unmittelbar der Beendigung der Kolonialherrschaft am 11. November vorausgehenden Wochen trat eine motorisierte Kolonne von etwa 500 weißen Soldaten, meist Südafrikanern und Portugiesen, an der Spitze einer vereinigten FNLA/UNITA-Streitmacht auf. Die Kolonne drang von Südwestafrika (Namibia) aus nach Angola ein, stürmte an der Küste entlang und vertrieb die MPLA aus wichtigen Häfen. Wie diese vereinigte Kolonne nordwärts vordrang, so gingen FNLA-Truppen, geführt von portugiesischen pro-Spinola-Reaktionären und ausgerüstet mit US-Waffen, die durch Zaire eingeschleust worden waren, südwärts in einem koordinierten Zangen-Angriff auf Luanda vor. Um ein glaubwürdiges Neokolonial-Regime als Konkurrenz zur „Volksrepublik von Angola" der MPLA zu schaffen, erreichte die amerikanisch-südafrikanische Achse eine Vereinigung von FNLA und UNITA auf dem Papier in einer Marionetten-„Demokratischen Volksrepublik von Angola" mit der Hauptstadt in Huambo (früher Nova Lisboa).

Gleichzeitig gestanden die Südafrikaner noch schamloser ihre Intervention ein. Anfang Dezember besuchte der südafrikanische Stabschef der Armee General Jack Dutton in Begleitung ausländischer Journalisten seine Truppen in Angola (in Johannesburger Zeitungen schrieb man von der „Operationszone"). Die Regierung in Pretoria gibt vor, sie müßte den Cunene-Staudamm schützen und dadurch „die Bewässerung der südwestafrikanischen Rinderweiden sicherstellen" (UPI, 5. Dezember 1975).

Andererseits ist die Internationalisierung des Konflikts auch rasch vorangeschritten, als die MPLA durch mehrere tausend Mann kubanischer Truppen verstärkt und mit sowjetischen Panzern und Raketen ausgerüstet wurde. Diese Verstärkungen haben bereits einen Umschwung eingeleitet. An drei Fronten konnte die MPLA ihre Gegner zurückwerfen und Schlüsselpositionen wieder einnehmen, besonders im mittleren Abschnitt der Benguela-Bahn im südlichen Zentral-Angola.

So entlarven die jüngsten Bestätigungen des State Departments und anderer Regierungsquellen nicht nur Kissingers zynische Behauptung, die USA kämpften gegen eine Einmischung von außen in Angola und befürworteten eine „afrikanische Lösung" des Konflikts; sie unterstreichen auch die endgültige Internationalisierung des angolanischen Bürgerkrieges. Es steht nicht mehr einfach die sowjetisch unterstützte MPLA gegen die virulent antikommunistische, von Zaire aus operierende FNLA und die prokolonialistische von Südafrika versorgte UNITA. Massive amerikanische Hilfe an FNLA/UNITA und direkte südafrikanische Intervention haben das Land in ein Schlachtfeld zwischen den USA

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur: W. Hohmann, 1 Berlin 15

Anschrift:
1 Berlin 120, Postlagerkarte A 051 429

und der UdSSR verwandelt.

In diesem Konflikt — anders als im vorausgegangenen Kampf dreier konkurrierender kleinbürgerlich-nationalistischer Kräfte — rufen revolutionäre Marxisten für den *militärischen* Sieg der MPLA gegen die imperialistisch geführte Koalition auf, ohne das geringste *politische* Vertrauen in die radikalen kleinbürgerlichen Nationalisten zu setzen. Die MPLA, die sich gegenwärtig Moskau angeschlossen hat, könnte morgen der Favorit Washingtons werden, und sie ist in keinem Fall weniger feindlich gegenüber dem geringsten Ausdruck proletarischer Unabhängigkeit. Aber *unter den gegenwärtigen Umständen kämpft die links-nationalistische MPLA nicht nur gegen die FNLA und die UNITA, sondern gegen eine imperialistische, von Kolonialisten geführte antikommunistische Koalition, die, wenn sie Erfolg hat, ein Marionetten-Regime in Luanda errichten würde, das im wesentlichen Südafrika und den USA untergeordnet wäre. Die korrekte Politik für proletarische Revolutionäre ist deshalb zu diesem Zeitpunkt die militärische Unterstützung der MPLA gegen die von Washington finanzierte und von Pretoria organisierte Offensive.*

Die Moskauer Stalinisten dagegen unterstützen die MPLA nur, weil sie ein *bürgerliches* Angola im russischen Einflußbereich suchen, oder wenigstens eine Schachfigur, die man im Interesse der „Entspannung" verhökern kann. Ihre Neigung, bürgerliche Regimes als ihre Verbündeten aufzubauen, kennen wir besonders eklatant von der sowjetischen Unterstützung Nasser- und Sadat-Ägyptens, wo wenige geschickte Schachzüge Kissingers 1975 genügten, diese Art Bündnispolitik ad absurdum zu führen und Sadat wieder in den festen Armen des Imperialismus Zuflucht nehmen zu lassen vor palästinensischen Störenfrieden und vor allem vor der Arbeiterklasse in Ägypten. Umgekehrt rufen Gruppen, die links von den Stalinisten stehen wie die Mehrheit des pseudotrotzkistischen „Vereinigten Sekretariats", zu der sich auch ihre deutsche Sektion, die GIM, rechnet, „alle Macht der MPLA" (d.h. politische Unterstützung) und verbreiten Illusionen in die revolutionären Ansprüche der MPLA.

Balkanisierung von Angola?

Zu Sieg oder Niederlage für die MPLA tritt noch eine dritte Möglichkeit in diesem Kampf hinzu: die Desintegration des Landes. Besonders FNLA und UNITA sind im wesentlichen regionale stammes-orientierte Bewegungen, die die Macht im nationalen Maßstab nur militärisch erobern können. Angesichts der Massenunterstützung der MPLA in Luanda und der militärischen Schwäche der FNLA und UNITA ist es unwahrscheinlich, daß letztere die Hauptstadt ohne noch stärkere imperialistische Intervention erobern könnten. Wenn der von Söldnern geführte Vorstoß gegen die MPLA mißlingt, wäre ein wahrscheinliches Ergebnis des Patts eine „Balkanisierung" — das Zerbrechen von Angola.

Die zwei rechts-nationalistischen Gruppen haben bereits im Juli einem geheimen Plan für genau solch eine Aufteilung der Beute zugestimmt *(Le Monde diplomatique,* Oktober 1975). So würde der kaffeereiche Norden praktisch Zaire einverleibt, während im Süden ein UNITA-Regime auf ein gemeinsames sambisch-südafrikanisches Protektorat hinausliefe. Dies würde Zaire einen sicheren Zugang zum Meer geben, es würde Sambia ein gefügiges Regime gewährleisten, das die Kontrolle über seine Eisenbahnverbindung zum Atlantik ausübt, und Südafrika würde instand gesetzt, die Ausgangsgebiete der von der MPLA unterstützten Guerrillas der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) zu vernichten.

Zum Kampf um das eigentliche Angola kommt noch ein vielseitiger Konflikt um das ölreiche Cabinda hinzu, das ein Teil der früheren portugiesischen Kolonie war, aber durch einen Streifen Zaire-Territoriums und den Zaire-Fluß (den früheren



Die rivalisierenden Führer der nationalistischen Unabhängigkeitsbewegungen in trauter Einheit: Neto (MPLA), Roberto (FNLA) und Savimbi (UNITA).

Kongo) eine Exklave Angolas darstellt. Während die Exklave gegenwärtig wieder von den besten Truppen der MPLA gehalten wird, hatte Zaires Präsident Mobutu (Schwager von FNLA-Roberto) einige tausend Soldaten an der Grenze zusammengezogen, um einen Einmarsch vorzubereiten und die von der Gulf Oil Company unterstützte separatistische Bewegung von Cabinda als Marionetten-Regime einzusetzen,

Es existiert keine Tradition noch irgendeine Basis für eine Unabhängigkeit von Cabinda: die dort lebenden Menschen sind ethnisch jenen in Zaire und Kongo (Brazzaville) verwandt. Die FLEC ist 1963 als Gegenorganisation der USA zum angolanischen Nationalismus gegründet worden. Ihr wichtigster Führer war und ist Ranque Franque, ein früher von Gulf Oil beschäftigter und heute wohl situierter Geschäftsmann in Kinshasa. Überflüssig zu sagen, daß die FLEC niemals auch nur einen einzigen Schuß Munition auf einen portugiesischen Soldaten abgefeuert hat; ihr wirklicher Feind ist der angolanische Nationalismus. Ein „unabhängiges Cabinda" wäre und könnte nur das Eigentum der Gulf Oil sein. *In jedem bewaffneten Konflikt zwischen den Separatisten von Cabinda und der MPLA* (die gegenwärtig die Exklave besetzt hält) *würden Marxisten der letzteren militärische Unterstützung geben*

Im Gegensatz zu kleinbürgerlichen Nationalisten erkennen Marxisten an, daß die vorhandenen Staatsgrenzen — willkürlich von den Imperialisten 1885 in Berlin gezogen — das Bakongo-Volk im Norden von seinen Stammesverwandten in Zaire trennen. Wenn man obendrein berücksichtigt, daß alle drei nationalistischen Gruppen stammesmäßige Grundlagen aufweisen (sogar die nicht-tribalistische MPLA), dann existiert in Angola ein ungeheures Potential für einen Konflikt mit Völkermord-Ausmaßen. Deshalb würden Marxisten den verschiedenen Stämmen regionale Autonomie einräumen, und deshalb sind wir auch nicht an die gegenwärtige Staatenkonfiguration in Zentralafrika gebunden. Aber die mögliche Balkanisierung bedeutet die Schaffung eines südafrikanischen Protektorats im Süden und eines Gulf Oil-kontrollierten Ölfeld-Reichs im Norden. Diese Art der Aufteilung von Angola — Kolonialherrschaft in nur schlecht verkleideter Form - muß entschieden bekämpft werden.

Die MPLA

Da der Hauptteil der europäischen und amerikanischen Linken entweder politische oder bedingungslose militärische Unterstützung an die MPLA gibt, ist es nützlich, sich ihre Geschichte genauer anzusehen, um zu verstehen, warum eine solche Politik im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse steht. Die Grundlage für die weitverbreitete radikale Sympathie für die MPLA ist ihre „revolutionäre" nationalistische Politik, die durch ihren Ursprung bei sozialistischen Intellektuellen der kleinen Angolanischen Kommunistischen Partei (PCA) erklärt werden kann. Mario de Andrade, Führer der MPLA bis 1962, schrieb: „Die jungen Marxisten der ehemaligen Angolanischen Kommunistischen Partei, die Führer der PLUA (einer nationalistischen Gruppe mit ‚einem Aktionsprogramm, ähnlich dem der PCA[4]) und andere Patrioten gründeten rasch das Movimento Populär de Libertacao de Angola (MPLA) im Dezember 1956" (zitiert in John Marcum, *The Angolan Revolution).*

Die portugiesisch erzogenen Intellektuellen, die die Bewegung gründeten, begannen schnell ihren Einfluß in den muceques (Elendsvierteln) rund um die Hauptstadt auszuweiten, insbesondere durch heimliche mobile Schulen (nach der Volkszählung von 1958 betrug die Alphabetenrate bei Afrikanern in Angola weniger als 1%, ein vielsagender Ausdruck für Portugals „zivilisatorische Mission"). Im Februar 1961 versuchte die MPLA einen Aufstand, indem sie die Gefängnisse, die Rundfunkstation und eine Kaserne in Luanda angriff. Drei Tage tobte der Kampf, mit 5000 getöteten Afrikanern an einem einzigen Tag, aber die Revolte in der Hauptstadt wurde brutal niedergeschlagen. Trotz dieser Niederlage erfreute sich jedoch die MPLA verbreiteter Unterstützung unter der detribalisierten plebejischen Bevölkerung der Hafenstädte ebenso wie unter *mesticos* und linken Weißen.

Die MPLA war es auch, die in den späten 6oer und frühen 7oer Jahren die Hauptlast des Guerrillakampfes gegen die Portugiesen trug und die einzige von den nationalistischen Gruppen, die über die Grenzen eines einzigen vorherrschenden Stammes hinaus nationale Ausdehnung erreichte. Sie alleine bemühte sich ernsthaft, ihre Gefolgsleute in einem links-populistischen Programm politisch zu erziehen, einschließlich rituellen Bezugnahmen auf das Ende der „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen". Wegen ihres „Linksradikalismus" wurden Angehörige der MPLA von der FNLA in Komplizenschaft mit den aufeinanderfolgenden rechten Regimes in Leopoldville (jetzt Kinshasa) im Kongo gequält, unterdrückt und sogar ermordet.

Aber die MPLA ist eindeutig nicht die „marxistisch-leninistische" Organisation, als die sie in der westlichen bürgerlichen Presse hingestellt wird. Ihr langjähriger Führer Agostinho Neto hat sehr nachdrücklich den nationalistischen, nicht-sozialistischen Charakter der MPLA hervorgehoben. „(Ich) bin kein Kommunist, ich bin kein Sozialist, ich bin vor allem ein Patriot", äußerte er gegenüber der *New York Times* (21. April 1975). Und hierin ist er vollkommen korrekt. Die MPLA steht *außerhalb* der Arbeiterbewegung, und ihre enge Beziehung zur Arbeiterföderation (UNTA) ist die eines Sklavenhalters zum Sklaven.

Als zu Beginn dieses Jahres eine „Übergangsregierung" errichtet wurde, führten die Hoffnungen auf Unabhängigkeit zu einer größeren Streikwelle bei den MPLA-Arbeitern,

namentlich ein Dock-Streik, der Angolas Häfen vollkommen lahmlegte. Wie vorauszusagen benutzte die regierende MPLA ihre Autorität gegen den Streik. Die MPLA-beherrschte Gewerkschaft SINTAPA denunzierte den Hafenarbeiterstreik als wild und rief die Regierung auf, geeignete Maßnahmen zur Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung zu treffen. Selber einmal an der Macht würde die MPLA zweifellos schnell dazu übergehen, die Gewerkschaften dem Staat unterzuordnen, wie es ähnliche Links-Nationalisten in Guinea, Ghana und Tansania in den frühen 60er Jahren gemacht haben. Ihr Instrument dafür wäre die bäuerliche Guerrilla-Armee, die ohne Verbindung zu den städtischen Massen und unkontrolliert von ihnen ist.

Auch können wir uns nicht darauf verlassen, daß Neto eine „anti-imperialistische" Außenpolitik durchführt. Neto hat wiederholt versichert, daß er nicht dem Sowjet-Block verpflichtet sei (in allerjüngster Zeit buhlt er um die Gunst beim Konservenbüchsen-Diktator Idi Amin) und versuchte (allerdings mit begrenztem Erfolg) seine Abhängigkeit von russischen Waffenlieferungen zu reduzieren. Wenn sich Kissinger von der FNLA zurückzieht, ist Neto sehr wohl dazu imstande, einen Schwenk im Stile eines Anwar Sadat zu vollziehen und Breschnew auf Vertragsbruch klagen zu lassen. Zweifellos ist dies der Grund dafür, daß die chinesische Bürokratie kürzlich einen Vertreter der MPLA nach Peking einlud zusammen mit den derzeit favorisierten UNITA und FNLA.

Es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen der MPLA und den anderen zwei nationalistischen Gruppen. Durch das Überlaufen eines ihrer Haupt-Kommandeure, Daniel Chipenda, zu Roberto im Sommer 1974 ist die Unterstützung der MPLA außerhalb der Hauptstadt weitgehend auf die Gebiete des Mbundu-Stammes reduziert worden. Trotz ihres nicht-tribalistischen Programms würde die Einigung Angolas unter MPLA-Kommando zweifellos zum Ausbrechen von Stammeskämpfen und Greueltaten gegen das Bakongo-Volk führen. Wegen der plebejischen Unterstützung der MPLA in Luanda jedoch würde der Sieg einer der stammesorientierten Gruppen (der UNITA oder der FNLA) direkt zur massenhaften Abschlachtung des Kerns der kleinen Arbeiterklasse und der am meisten entwickelten Elemente der städtischen Bevölkerung führen.

Bei der Verteidigung der arbeitenden Bevölkerung von Luanda gegen ein tribalistisches Progrom wäre eine unabhängige Klassenorganisation der Arbeiter (Gewerkschaft oder Partei) *gezwungen, zeitweilige militärische Blöcke mit der MPLA einzugehen.* Allein diese Möglichkeit in Betracht zu ziehen, unterstreicht nochmals den antiproletarischen Charakter der kleinbürgerlich-nationalistischen Bewegungen. *In ihrem Bedarf an Massenunterstützung würde aber auch die MPLA jede im Entstehen begriffene unabhängige Klassenorganisation nicht weniger bedrohlich finden als die FNLA und die UNITA und würde sich deshalb rasch mit den anderen Nationalisten vereinigen, um jeden Embryo proletarischer Stärke zu zertreten.*

Die FNLA

Nach ihrem Rausschmiß aus Luanda im Juli 1975 drohte die FNLA, sie würde „jeden einzelnen Kommunisten" massakrieren *(African Development,* November 1975). Diese Aussage gibt ein Bild davon, was die Herrschaft der FNLA, das von CIA und Mao bevorzugte Instrument, beinhalten würde.

Die FNLA ist im wesentlichen eine Stammesbewegung. Ihr Führer, Holden Roberto, ist der gewählte Erbe der traditionellen Häuptlingschaft der Bakongo. Dieser Stamm besitzt eine lange Geschichte des Widerstands gegen die Portugiesen, einschließlich einer größeren Bauern-Rebellion 1913 bis 14 (Der größte Teil der Kolonie wurde von den Portugiesen nicht wirklich besetzt bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts). Die Traditionen des Separatismus der Bakongo waren noch in den 50er Jahren lebendig, als die Stammes-Häuptlinge an Eisenhower und an die Vereinten Nationen appellierten, das alte Kongo-Königreich wiederherzustellen. Es ist daher bezeichnend, daß Holden Robertos erste Organisation „Union der Völker von Aford-Angola" hieß. Nur wenige Jahre später übernahm er eine vorgeblich gesamtangolanische Perspektive.

Es ist sicher wahr, daß Roberto und die FNLA jahrelang Empfänger von CIA-Geldern waren (die *New York Times* sprach davon, ihn zu „reaktivieren"). Aber obgleich Roberto und seine Leute tribalistische Gefühle ansprachen, gedroht haben, alle Kommunisten zu töten, mit dem US-Imperialismus Hand in Hand arbeiten usw., wäre es falsch, die FNLA einfach als CIA-Marionetten abzutun. Sie sind Nationalisten, die von Almosen leben.

Denn, während in späteren Jahren offensichtlich die MPLA den größten Teil der Kämpfe gegen die Portugiesen ausführte, war es im Aufstand von 1961 Robertos UPA, die die Hauptlast des Kampfs trug. Nachdem die kurze Revolte von Luanda niedergeschlagen war, erhoben sich die Bakongo, und der größte Teil von Nordangola ging für eine Zeitlang in die Hände der Rebellen über. Die Portugiesen nahmen ihre Zuflucht zu unbegrenztem Terror, töteten etwa 50000 Afrikaner und die Region wurde vorsätzlich entvölkert. Mehr als eine halbe Million Bakongo wurden nach Kongo (heute Zaire) vertrieben. Während die städtischen Basen der MPLA durch das Blutbad von 1961 im wesentlichen vernichtet wurden, zog sich Roberto einfach ein paar Meilen über die Grenze nach Leopoldville zurück, wo er eine solide Basis unter der Bakongo-Exilbevölkerung hatte und auch das Prestige der Führerschaft einer großen Rebellion gegen die Kolonialherrschaft. 1962 errichtete er die Revolutionäre Regierung von Angola im Exil und wurde zwei Jahre später offiziell von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) anerkannt.

Die internationale Anerkennung, die Robertos „Exilregierung" zuteil wurde, brachte einige nicht zu den Bakongo gehörende angolanische Politiker dazu, ihr beizutreten, bemerkenswerterweise den Führer der Ovimbundu Jonas Savimbi, der Außenminister in der Phantomregierung wurde.

Fortgesetzt auf Seite 25

Trotzkistische Liga Kanadas: Ein Schritt vorwärts für die SPARTACIST-Tendenz

Ab Januar 1975 gibt die Trotskyist League of Canada (TLC), sympathisierende Sektion der internationalen Spartacist Tendenz (iST), regelmäßig ein Monatsorgan heraus. Wir gratulieren unseren kanadischen Genossen zu diesem Erfolg in ihrer revolutionären Arbeit. Er bezeichnet einen bedeutenden Schritt vorwärts in der Entwicklung unserer internationalen Tendenz und spricht für die wachsende internationale Kraft des Trotzkismus. Der *Spartacist Canada* erscheint jetzt monatlich schon nach einer sehr kurzen Zeit seit der organisatorischen Wiedergeburt des revolutionären Marxismus in Kanada. Die TLC wurde Ende August 1975 gegründet und markierte den Abschluß des Fusionsprozesses des kanadischen Komitees der iST (CCiST) mit der Bolschewistisch-Leninistischen Tendenz, einer von der Revolutionary Marxist Group ausgeschlossenen Linksopposition. Diese prinzipienfeste Fusion und die zusätzliche Rekrutierung von Individuen aus dem pabloistischen und linken Milieu in Toronto und Vancouver legte den Grundstein für die Gründung der TLC.

Die Zusammensetzung der TLC spiegelt den Erfolg der Umgruppierungstaktik der iST wider. Ein Drittel der Gründungsmitglieder waren ehemalige Mitglieder des fälschlicherweise sogenannten „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale" (VS) — vor allem seiner zentristischen Sektion, der Revolutionary Marxist Group (RMG); in Kanada besteht daneben noch eine reformistische Sektion, die League for Socialist Action (LSA), die der internationalen Minderheit des VS zuzurechnen ist. Zu dieser Gruppe von Genossen gehören sieben Gründungsmitglieder der RMG. Ein weiteres Drittel der TLC-Mitgliedschaft kommt aus der Peripherie der RMG.

Die TLC versucht, sich als klaren Pol des authentischen Trotzkismus in Kanada zu etablieren — durch exemplarische Arbeit in den Gewerkschaften, an den Universitäten und um bedeutsame Fragen wie Einwanderungspolitik, Rassismus und legale Verteidigungsaktionen sowie durch Entlarvung opportunistischer Tendenzen, die sich als Trotzkisten maskieren, d.h. besonders die RMG und die LSA.

Die Stabilisierung der TLC als kämpfender Propagandagruppe erfordert den weiteren scharfen polemischen Kampf gegen vorgeblich marxistische Tendenzen und schafft die Grundlage für ihre Transformation zum Kern der Avantgardepartei in Kanada. Die Ursprünge der TLC liegen genau in solch einem Kampf.

Die Entstehung der RMG

1971/72 kristallisierte sich in der LSA eine linke Opposition heraus. Die LSA war zu dieser Zeit die einzige kanadische Sektion des VS und seit Jahren die einzige sichtbare, selbst ernannte trotzkistische Organisation in Kanada. Die Revolutionär-Kommunistische Tendenz (RCT) entstand teilweise als eine linke Reaktion auf den beschleunigt zunehmenden Anpassungsprozeß der LSA an kanadischen Nationalismus, Feminismus und die sozialdemokratische New Democratic Party (NDP) und teilweise als Resultat der Anziehung, die von dem „revolutionären" Getue der fraktionellen Gegner der LSA innerhalb des VS ausging.

Die RCT suchte nach einer linken Alternative zum Reformismus der LSA und wandte sich auf einer impressionistischen Grundlage dem zu, was als Internationale Mehrheitstendenz (IMT) des VS bekannt wurde. Die LSA-Führung unterwarf die RCT zur Zeit ihrer Entstehung einer grausamen und hysterischen bürokratischen Unterdrückung, so daß die RCT Verbündete suchte allein auf der negativen Grundlage einer Feindschaft gegen die klassenkollaborationistische Linie der „Massenkampagnen" der LSA, einer Ablehnung der Nachtrabpolitik der LSA gegenüber der NDP und eines bloß cliquistischen Antagonismus gegen das „Regime" der LSA.

Die RCT fühlte sich niemals verpflichtet, die Positionen von Tendenzen außerhalb des VS zu untersuchen; stattdessen ließ sie sich ergreifen von der zentristischen Politik der VS-Mehrheit. Mit dem Ausschluß bzw. der Abspaltung der RCT und ihrer Fusion mit einer kleinen linksreformistischen Gruppe innerhalb der NDP und mit Studentengruppen der Neuen Linken konnte die RMG 1973 gegründet werden. Der Versuch dieser Organisation, sich selbst in die IMT zu „integrieren" war zugleich der Beginn ihrer Degeneration und der Zerstörung ihrer gesunden politischen Impulse, die sie gegen die LSA geführt hatte. Die RMG war von Anfang fraktionell zerklüftet und erwies sich als unfähig, die grundsätzlichen Fragen programmatischer und strategischer Art, die ihrer Opposition gegen den Reformismus der LSA zugrundelagen, ernsthaft zu analysieren.

Die RMG untersuchte nie das bolschewistische Erbe, das sich in der frühen Komintern und in Trotzkis Vierter Internationale verkörperte. Stattdessen zankte man über die angemessene Anwendung der revisionistischen Linie der IMT auf kanadische Verhältnisse. So sind die ersten beiden Jahre der Existenz der RMG von nutzlosen und ziemlich komischen Anstrengungen gekennzeichnet, die schwer faßbare „breite Avantgarde" zu „lokalisieren", zu kristallisieren", zu „politisieren" und zu „durchdringen"; denn die IMT bestand



Teil des TLC-Blocks auf einer Demonstration zu Portugal in Toronto.

darauf, daß sich diese „breite Avantgarde" unter dem Einfluß des unwiderstehbaren „neuen Aufschwungs der Weltrevolution" erheben wird.

Das Wesen dieser Methodologie ist Substitutionalismus, d.h. bei anderen Kräften als der Arbeiterklasse nach der führenden Kraft der Revolution zu suchen. Die dem Schema des „neuen Aufschwungs der Weltrevolution" zugrundeliegende Methode ist Objektivismus, d.h. die Verneinung der Notwendigkeit einer politisch selbstbewußten Arbeiterklasse, verkörpert in der leninistischen Partei, zur Intervention in den historischen Prozeß.

Die Bolschewistisch-Leninistische Tendenz

Die Bolschevik-Leninist Tendency (B-LT) wurde 1974 als linksoppositionelle Tendenz in der RMG gegründet. Sie begann einen beständigen Kampf gegen die Rechtstendenzen der RMG und forderte die unmittelbare Abspaltung der zentristischen IMT von dem reformistischen Flügel des VS, der geführt wird von der Socialist Workers Party in den USA und der LSA. Die B-LT wies den Zentrismus der IMT zurück und forderte die Rückkehr zum trotzkistischen Programm. Die Brennpunkte ihres Kampfes waren: die Notwendigkeit des internationalen demokratischen Zentralismus, für eine ernsthafte kommunistische Intervention in den Gewerkschaften (für Fraktionen, die sich auf das Übergangsprogramm stützen) und die Ablehnung von pabloistischen Positionen der IMT in internationalen Schlüsselfragen wie die politische Unterstützung für Guerillakriege durch die IMT, ihre Weigerung, im kubanischen und in den indochinesischen deformierten Arbeiterstaaten zur politischen Revolution aufzurufen, und ihre Unterstützung von Volksfronten.

Auf dem Kongreß der RMG vom März 1975 wurde die B-LT mit einer ausdrücklich politischen Begründung ausgeschlossen. Die RMG bestätigte damit, daß ihre „Assimilation" der IMT-Methodologie nicht nur die politische Linie sondern ebenso die bürokratischen Organisationspraktiken umschloß.

Fusion und Gründung der TLC

Nach dem Ausschluß der B-LT begannen das CCiSt und die die B-LT mit einer Periode gemeinsamer Arbeit und Diskussionen, die zeigte, daß die programmatische Übereinstimmung der beiden Organisationen durch eine gemeinsame Einschätzung der Aufgaben revolutionärer Trotzkisten in Kanada ergänzt wurde.

Zur gleichen Zeit wurden Individuen in Vancouver für das CCiSt rekrutiert. Die Genossen aus Vancouver betrieben energisch exemplarische Arbeit um Fragen wie die Streikwelle in British Columbia und eine Kampagne gegen Deportationen und gegen die rassistische Einwanderungspolitik der Regierung. Aufgrund dieser Arbeit waren die KP und die stalinistische Canadian Party of Labour gezwungen, in ihren Zeitungen gegen das CCiSt zu polemisieren.

Die Gründungskonferenz der TLC beschloß als eine zentrale Aufgabe die baldige Herausgabe eines kanadischen Organs der iST, *Spartacist Canada,* dessen monatliches Erscheinen wir nun anzeigen können. Die TLD hat auf dieser Konferenz neben anderen Organisationen der iST der TLC ihre brüderlichen Grüße überbracht.

Die Konferenz konzentrierte ihre Diskussion auf die Überwindung der menschewistischen und aus der Neuen Linken stammenden Funktionsweise der RMG und LSA und auf die Etablierung von bolschewistischen Normen des Professionalismus in allen Bereichen des Lebens der revolutionären Organisation. Die Konferenz verpflichtete die Organisation, ihre Intervention in die Gewerkschafts-, Einwanderungs- und Studentenarbeit auszuweiten. Die Fortsetzung der revolutionären Umgruppierungstaktik wurde als Bedingung der weiteren Entwicklung der TLC akzeptiert.

Die Fusion mit der B-LT und die Konstituierung der Gruppe in Vancouver vertiefte die Wurzeln, die die iST in Kanada geschlagen hat, und schuf die Basis für die Stabilisierung einer bolschewistischen Propagandaorganisation in Kanada. Als sympathisierende Sektion in den Reihen der internationalen Spartacist Tendenz hat die TLC historische Verantwortung vor der kanadischen Arbeiterklasse; ihre Aufgabe steht in der Perspektive, die Vierte Internationale als das unentbehrliche Instrument für den Sieg des Weltproletariats erneut zu schmieden. ■

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Im November 1975 gab es in der Bundesrepublik nach amtlichen, stark manipulierten Zahlen 1 114 200 Arbeitslose (4,9%). Nicht eingerechnet werden die, die nicht mehr Arbeit suchen, sowie eine halbe Million ausgewanderte oder ausgewiesene ausländische Arbeiter, Frauen, Umschüler, u.a. Dazu kamen 689 400 Kurzarbeiter. Jugendliche ohne Lehrstellen und die, die noch ein Jahr in „Berufsgrundschuljahrlehrgängen" verbringen, gehen auch nicht in diese Statistik ein. Die letzten Berichte der Bundesanstalt für Arbeit sind durch „vorsichtigen Optimismus" geprägt. Jedoch werden Bemerkungen wie: "Die konjunkturelle Abwärtsentwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist zu Ende..." begleitet von der Erklärung, daß 1976 mit durchschnittlich 1,1 Millionen Arbeitslosen zu rechnen sei {*Süddeutsche Zeitung,* 5. Dezember 1975).

Obwohl solche Arbeitslosenzahlen milde ausfallen neben 9% Arbeitslosen in den USA, 12% in Irland oder dem Massenelend der 30er Jahre in Deutschland, bedroht die Arbeitslosigkeit den Lebensstandard von Millionen Arbeitern in der BRD. Zusätzlich spaltet die Arbeitslosigkeit das Proletariat und schwächt seine Kampfkraft gegenüber dem Kapital. Das Entstehen einer industriellen Reservearmee dient dem Kapital als Hebel, den Lebensstandard der Arbeiterklasse zu drücken - und langfristige Arbeitslosigkeit birgt die Gefahr in sich, daß die untersten Schichten der Arbeitslosen ins Lumpenproletariat absinken, was wiederum zu ihrer Entfremdung von ihrer Klasse und dann als Folge zur Anfälligkeit dieser Schichten für faschistische Propaganda führt. „Die Vorstellung einer festen Klasse von Arbeitslosen, einer Klasse von Parias — solch eine Vorstellung ist genau die psychologische Vorbereitung für den Faschismus" (Trotsky, *Writings 1938/ 39,* New York 1969, S. 45). Revolutionäre müssen den Weg aufzeigen, um die Arbeitslosigkeit - und die sie erzeugende kapitalistische Gesellschaft selber — zu besiegen.

Die fundamentale Achse des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit ist die Einheit der Arbeitslosen und arbeitenden Proletarier. Diese Frage ist sowohl eine Frage des Programms, der Organisation wie der Taktik.

Arbeitslosigkeit und das Übergangsprogramm

Programmatisch ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen den Kapitalismus als Ursache der Arbeitslosigkeit und mit dem Kampf, die Arbeitermassen um die Forderungen des Übergangsprogramms zu mobilisieren. Nur in ihrem Kampf für den Sozialismus hat die Arbeiterklasse wirklich einheitliche Kampfinteressen — sonst wird sie zersetzt von den partikularen, beschränkten Interessen verschiedener Schichten: die „privilegierten" Schichten verteidigen ihre vergänglichen Vorteile (darunter das schlichte Recht, ausgebeutet zu werden), die weniger privilegierten Schichten kämpfen und konkurrieren (auch untereinander) um eine zeitweise Verbesserung ihrer Lage. Vom Standpunkt des Reformismus, der sich politisch im kapitalistischen Rahmen bewegt (und letzten Endes deshalb die „Natürlichkeit" der Arbeitslosigkeit auch akzeptieren muß), kann es keinen geschlossen und entschiedenen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geben. Von impotenter Sozialarbeit über parlamentarischen Kretinismus (Gesetzentwürfe für Vollbeschäftigung u.a.) bis zum wütenden Nationalchauvinismus (Importbeschränkungen, Ausländerhetze), der den Weg zu einem neuen imperialistischen Weltkrieg bahnt, zeigt der Reformismus seinen Bankrott.

In Perioden der Massenarbeitslosigkeit bekommt die Forderung der „gleitenden Skala der Löhne und Arbeitszeit" eine zentrale Bedeutung durch ihre unmittelbare Anknüpfung an die Bedürfnisse der Arbeitermassen. Diese Forderung darf aber nicht als eine ökonomistische Reformforderung mißverstanden werden, sondern sie ist nichts anderes als „das Arbeitssystem in der sozialistischen Gesellschaft... Es ist das Programm des Sozialismus, aber in sehr populärer und einfacher Form" (Trotsky, a.a.O., S. 44). Dafür ist es unerläßlich,



Die Schlangen verzweifelter Arbeitsloser werden auf den Arbeitsämtern von Monat zu Monat länger. Viele lassen sich gar nicht mehr als arbeitslos registrieren.



Noch kann die Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiterklasse mit chauvinistischen Parolen kontrollieren.

beharrlich die Bedingungen für die Realisierung dieser Forderung klarzumachen: die entschädigungslose Enteignung der Industrie sowie der Banken unter Arbeiterkontrolle, ein sozialistischer Wirtschaftsplan und, als aufgipfelnde Parole des Programms der proletarischen Macht, die Arbeiterregierung — die Diktatur des Proletariats.

Unter dem Druck gesteigerter Arbeitslosigkeit erheben mittlerweile die meisten Organisationen, die sich auf den Trotzkismus berufen, irgendwelche Forderungen als „Konkretisierung" der gleitenden Skala der Löhne und Arbeitszeit. Jedoch wird bei allen diesen Organisationen diese Forderung ihrer revolutionären Spitze dadurch beraubt, daß sie aus ihrem unmittelbaren programmatischen Zusammenhang zur Frage der Staatsmacht herausgerissen wird. Beispielsweise die **GIM** in ihrem „Programm gegen die Krise": Hier wird die „Verkürzung der Arbeitszeit für alle Beschäftigten bei vollem Lohnausgleich..." und die „Automatische Anpassung der Löhne an die Preissteigerungen" gefordert *(was tun* Nr. 91, 11. Dezember 1975). Diese Forderungen werden jedoch nicht als „Programm des Sozialismus" aufgestellt, sondern vollkommen losgelöst von der Frage der Staatsmacht als Forderungen für die gewerkschaftliche „Tarifpolitik". Ein solcher Versuch, Übergangsforderungen aufzustellen, ohne die Bedingungen ihrer Realisierung klarzumachen, verdient mit Recht die Abfuhr der Reformisten: solche Forderungen seien utopisch. Das Übergangsprogramm ist das Programm der sozialistischen Revolution, und seine Forderungen erhalten ihre revolutionäre Stoßrichtung durch die Zuordnung zum Kampf um die Errichtung der Arbeitermacht.

Der Spartacusbund macht „Fortschritte" gegenüber seiner eigenen Vergangenheit, indem er überhaupt die Frage der gleitenden Skala der Löhne und Arbeitszeit - obwohl zerstückelt - aufstellt. Gegenüber der Kritik der SL/U.S. beharrte die Vorläuferorganisation des Spartacusbundes, Spartacus-BL, jahrelang auf der Forderung, Tarifverträge bei 3% Preissteigerung kündigen zu können, als angebliche „Brücke" zu Übergangslosungen. Jedoch praktiziert der Spartacusbund die gleiche Methodik wie die GIM - die Zerstückelung der Forderung nach der gleitenden Skala und ihre Aufstellung als radikalökonomische Forderung. Dies ist beispielsweise der Fall in einem der „radikalsten" und „programmatischsten“ Propagandadokumente des Spartacusbundes: in seinem Bremer Wahlprogramm. Auf Seite 2 findet man die Forderung: „Verteilung der Arbeit auf alle bei vollem Lohnausgleich!", auf Seite 5: „automatische Anpassung der Löhne an die...Inflationsrate". Ob und wie diese beiden Forderungen verbunden sind, wie sie realisiert werden können, ob sie als Reformen im Kapitalismus denkbar sind - diese Fragen bleiben unbeantwortet. Die Beteuerung auf Seite 10: „Dieses System von Übergangslosungen hat die systematische Mobilisierung der Arbeitermasse für die proletarische Revolution zur Aufgabe" bleibt in diesem Zusammenhang leeres Gefasel das gleiche beteuert der KBW über seinen reformistischen Neuaufguß des Erfurter Programms. Die Tatsache, daß die gleitende Skala der Löhne und Arbeitszeit nicht als Reform vorgestellt werden kann, sondern daß „es...leichter (ist), den Kapitalismus zu stürzen, als diese Forderungen im Kapitalismus zu verwirklichen" (Trotsky, a.a.O., S. 44) geht vollkommen unter.

Für die nationale und internationale Einheit des Proletariats

In der Frage des Kampfes um die Einheit des Proletariats bekommt die Lage der Arbeiterinnen, der Arbeiterjugend und der Ausländer (sowie anderer Minderheiten, z.B. der schwarzen Bevölkerung in den USA) besondere Bedeutung. Normalerweise mit weniger Arbeitsqualifikationen, schlechter bezahlt und zum größten Teil konzentriert in Hilfsarbeiterkategorien, werden sie von den Kapitalisten als industrielle Reservearmee manipuliert. Die proletarische Frau wird zurück zu „Ehe und Familie" geschickt, „um den Arbeitsplatz von Arbeitern mit Familien" zu „schützen", unabhängig davon, ob sie eine „Ehe und Familie" hat oder nicht (und natürlich unbeachtet des Einkommensverlustes für Familien mit mehreren Einkommensquellen). So beträgt die offizielle Arbeitslosigkeit bei Frauen 6,0% gegenüber 4,2% bei Männern *(Neue Zürcher Zeitung,* 5. Dezember 1975), trotz der Tatsache, daß eine sehr viel höhere Zahl besonders von Frauen als „aus dem Erwerbsleben ausgeschieden" gelten und deswegen aus der Arbeitslosenstatistik ausfallen.

In der BRD ist die Jugendarbeitslosigkeit gegenwärtig beträchtlich höher als in der Krise 1966/67. Mit 5,8% *offizieller* Arbeitslosigkeit sind jugendliche Arbeiter neben Frauen und Ausländern am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Auch hier zeigt sich der Bankrott der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie krass. „In der hohen Jugendarbeitslosigkeit - rund 116 000 Jugendliche - schlagen sich nicht zuletzt die Bestrebungen der Gewerkschaften nieder, die Stellen älterer und länger beschäftigter Arbeitnehmer praktisch unkündbar zu machen" *(NZZ,* 5. Dezember 1975). Diese „Politik" spaltet das Proletariat noch tiefer und setzt junge Arbeiter der Gefahr der Verelendung aus. Neben dem Kampf um Arbeit für alle ist der Kampf für die „Sozialisierung der Jugendarbeit" ein untrennbarer Bestandteil unseres Programms. Wir verweisen hier auf die ausführliche Flugschrift der TLD: „Kampf der Jugendarbeitslosigkeit", Extra-Blatt *der Kommunistischen Korrespondenz,* 30. Oktober 1975, wo wir unsere politische Perspektive erläutert haben, daß das Los der Arbeiterjugend nur durch die Zerschlagung der kapitalistischen Ausbildung geändert werden kann.

Im November 1975 war die Arbeitslosenquote bei Ausländern gar 6,2% *(SZ,* 5. Dezember 1975). Aber das wahre Ausmaß an Arbeitslosigkeit unter ausländischen Arbeitern wird nur durch die Statistik über den „Export" dieser Arbeitslosigkeit deutlich: im März 1975 waren nur noch 2,12 Mill. ausländische Arbeiter in der BRD gegenüber 2,6 Mill. Ende September 1973. Die Bundesanstalt für Arbeit „nimmt an, daß die Zahl der Ausländer seit März weiter abgenommen hat" *(NZZ,* 5. Dezember 1975). Diese bewußte Politik der Abschiebung ausländischer Arbeiter ist nicht nur die Politik der Bundesregierung, sondern findet letztlich auch Unterstützung bei der Gewerkschaftsbürokratie. Beispielsweise schreibt die IG Metall, „daß bei einer grundlegenden Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt, d.h. bei einem etwaigen Überangebot von Arbeitssuchenden und bei einer umschlagenden Tendenz zu einer gewissen Arbeitslosigkeit — energisch allen Versuchen entgegenzutreten ist, auch nur durch eine weitergehende Anwerbung von Arbeitern aus dem Ausland einen zusätzlichen Import von Arbeitslosigkeit möglich zu machen" (Beratungsbericht der IGM vom 10. Dezember 1969 hektographiert, S. 2, zitiert in *Probleme des Klassenkampfs,* Heft 19/20/21, Oktober 1975, S. 117). Der Gewerkschaftsbürokratie geht es nicht um Arbeitsplätze für alle, um die Einheit der Arbeiterklasse, sondern um die Trennung und Konkurrenz zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern.

Die Politik des Kapitals ist klar: Der ausländische Arbeiter wird ausgewiesen bzw. seine Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis wird nicht erneuert (was zur Auswanderung — oder Illegalität — führt), um arbeitslos in seinem „eigenen" Land zu werden. Und von der Perspektive des reformistischen Chauvinismus her gesehen ist dieser „bedauerliche" Vorgang nur das Ausschalten von Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Für das revolutionäre Proletariat und seine Organisation bedeutet dies aber einen wesentlichen Bruch in der Kampffront der Klasse, der in der „Hochkonjunktur" die Löhne niedrig hält und in der Depression die Klasse in ihrer Kampfkraft spaltet und schwächt. Chauvinistische Tendenzen in der Arbeiterbewegung sind aber nicht durch die Litanei von „Solidarität" zu bekämpfen, sondern nur durch Forderungen, die die materielle Basis für bürgerliche Vorurteile in der Klasse angreifen. Nur durch den Kampf um die gleitende Skala der Löhne und Arbeitszeit werden die gemeinsamen Interessen von Arbeitslosen und Arbeitern verbunden und in der Perspektive des revolutionären Kampfes um den Sozialismus vereinigt.

Diese zentrale Aufgabe, die Eingliederung aller in die Produktion durch Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu erkämpfen, muß gepaart werden mit Forderungen, die sich gegen die besondere Unterdrückung von Frauen und Ausländern richten. Die Errichtung von Kinderkrippen rund um die Uhr — auf Kosten der Unternehmer und unter Verwaltung der Arbeiter — in der Perspektive der Sozialisierung des Haushalts muß als Forderung erhoben werden. Volle politische und gewerkschaftliche Rechte, keine Abschiebungen, keine Zuzugsbeschränkungen, das sind Lebensfragen für Ausländer. Besonders für Frauen, Jugendliche und



Die Jugend mobilisiert sich zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit: Ludwigsburger Arbeiterjugend - demonstration.

Ausländer muß die Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" erkämpft werden. Gegen Kapitalexport in Länder mit niedrigerem Lohnniveau setzen wir nicht nationalchauvinistische Forderungen nach Importzöllen oder Kapitalexportbeschränkungen — Forderungen, die sich gegen die Existenz des Weltmarktes in utopisch-reaktionärer Weise richten — sondern wir rufen für den internationalen Kampf auf, um die Lohnstandards in allen Branchen eines internationalen Konzerns dem internationalen Höchststand anzugleichen.

Daß Organisationen wie Spartacusbund und GIM diese Aufgaben nicht programmatisch erfassen können, folgt aus ihrer Zerstückelung der Übergangsforderungen, um diese als radikale ökonomische Forderungen verkaufen zu können.

Der reformistische Bankrott der Maoisten

Noch weniger gelingt es den Maoisten, die Interessen der Arbeitslosen und der Arbeitenden mehr als verbal zu verbinden. Reformistische Organisationen wie die KPD und der KBW, die die klassische Trennung zwischen Minimal- und Maximalforderungen aufrechterhalten, zeigen in der Frage des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit — wie anderswo — ihren völligen programmatischen Bankrott. Die KPD stellt einige Tagesforderungen auf, die durchaus in einer richtigen Perspektive liegen könnten; aber sie isoliert diese Forderungen gänzlich vom proletarischen Kampf für den Sturz des Kapitalismus. So erhebt sie die Forderung des 7-Stunden-Ta-ges (Berliner Wahlprogramm), aber sie wird keineswegs mit Übergangsforderungen verbunden, die die Aufgabe haben, die gegenwärtigen Bedürfnisse mit der Notwendigkeit des proletarischen Machtkampfes zu verbinden. Trotz der Polemik gegen den KBW, in der die KPD gegen den Vorwurf, die Forderung des 7-Stunden-Tages sei „unrealistisch, utopisch", korrekt bemerkt: „Uns Arbeitern aber können die Profite der Kapitalisten egal sein...", ordnet die KPD die Perspektive der Arbeitszeitverkürzung nicht dem Kampf um die Macht zu, der Brücke zwischen Minimal- und Maximalprogramm. Ebenso verfährt die KPD mit der Losung „100% Lohnfortzahlung", man muß gegen die Verelendung der arbeitslosen Kollegen und ihrer Familien mit Entschlossenheit kämpfen. Aber die Forderung nach „100%" muß engstens verknüpft werden mit dem Kampf um Arbeit für alle, auf Kosten der Kapitalisten — sonst werden Arbeiter und Arbeitslose in zwei „soziologische" Gruppen getrennt, die nicht durch den Kampf um die Einheit der Klasse und für die proletarische Revolution geeinigt werden können.

Des KBWs ultra-reformistische Losung von „mindestens 80% Arbeitslosengeld" akzeptiert vollkommen die Logik des Kapitals. Nach J. Schmierer ist es „Idealismus", die Forderung von „100% Lohnfortzahlung" aufzustellen, da die Reproduktionskosten von Arbeitslosen (und ihren Familien?) niedriger sind als bei Arbeitern. „Ist der Verschleiß der Arbeitskraft gleich groß, ob sie in der Produktion angewandt wird oder nicht? Nein, er ist nicht gleich groß. Sind die Re-. Produktionskosten des Arbeiters in der Produktion und des Arbeitslosen gleich groß? Nein, das sind sie nicht" *(Kommunistische Volkszeitung, 23.* Januar 1975). Haben diese Ansichten irgend etwas mit dem Marxismus zu tun? Nein, sie haben es nicht. Es ist nicht die Logik der Kommunisten, sondern des Kapitals, daß das Einkommen eines Arbeiters sich nach seinen Reproduktionskosten orientiert. Akzeptieren wir die Logik des Kapitals als bestimmend für unsere Forderungen? Um wieder in Schmierers Stalinistischen Katechismus zu verfallen: Nein, wir akzeptieren sie nicht, weil unser Programm nichts anderes als die proletarische Revolution ist. Schmierer akzeptiert nicht nur die Existenz der Arbeitslosigkeit, sondern auch die kapitalistische Bestimmung des Lebensstandards der Arbeiterklasse. Weiter könnte der KBW in seinem Reformismus kaum gehen — ausgenommen, er fordert einen Volksentscheid gegen die Arbeitslosigkeit!

Arbeitslosigkeit und proletarisches Bewußtsein

Ausgehend von einem verkürzten Verständnis der Beziehung zwischen Krise und Revolution erwarten viele linke



Demonstration der Arbeiterjugend in Dortmund. Der DGB versucht, die Kampfbereitschaft der Arbeiterjugend in vereinzelten Aktionen verpuffen zu lassen.

Organisationen eine spontane Radikalisierung der Arbeitermassen als Ergebnis der Krise (1974/75). Beispielsweise schrieb die GIM:

„Jetzt aber hat der westdeutsche Kapitalismus die anderen kapitalistischen Staaten ‚eingeholt\ Darum wird die BRP auch notgedrungen die verschärften Klassenkampfbedingungen der anderen Länder ‚einholen\ Trotz Helmut Schmidt und der braven Gewerkschaften" *(was tun* Nr. 90, 27. November 1975).

Trotzki hat sich als Hauptreferent über „Die wirtschaftliche Krise und die neuen Aufgaben der Kommunistischen Internationale" auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gegen diese vereinfachten Vorstellungen der Beziehung Krise-Revolution gewandt. In seinem Schlußwort sagte Trotzki:

„Genossen: Weder die Verelendung noch die Prosperität als solche können zur Revolution führen, sondern das Abwechseln der Prosperität und der Verelendung, der Krise; das Nicht-stabile, der Mangel an Beständigkeit ist der treibende revolutionäre Faktor" *(Protokoll,* S. 133).

Trotzki hob hervor, daß eine Depression die Kampfkraft der Arbeiter schwächen kann (wegen „Überangebot" an Arbeitskraft) und daß ein Aufschwung die Klasse mit neuem Kampfwillen erfüllen kann. Trotzki hob auch hervor, daß es eine „Endkrise" des Kapitalismus nicht gibt — ohne die Initiative des Proletariats unter revolutionärer Führung.

„Mit einem Wort: die Herstellung des kapitalistischen Gleichgewichts ist, abstrakt theoretisch gesprochen, möglich. Sie vollzieht sich aber nicht in einem sozial und politisch luftleeren Räume, sondern sie kann sich nur durch Klassen vollziehen" (S. 80).

„Denn es besteht ja überhaupt dieser automatische Zusammenhang zwischen der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse und der Krise nicht" (S. 82).

Die bewußtesten Vertreter der Theorie eines Mechanismus der Krise sind die Healyisten (in Deutschland der Bund Sozialistischer Arbeiter). Die Dynamik der Krise ist für die Healyisten so stark, daß selbst einfache ökonomische Forderungen eine revolutionäre Stoßrichtung erhalten. In einer Polemik gegen die SL/U.S., die diese liquidatorische Vorstellung seit Jahren einer scharfen Kritik unterzieht, schrieb Peter Jeffries, Hauptökonom der Workers Revolutionary Party:

„Es ist dieses Sektierertum, das Robertson (Nationalvorsitzender der Spartacist League/U.S.) dahin führt, zu leugnen, daß der Lohnkampf heute ein politischer Kampf *mit direkt revolutionären Folgerungen* ist. Für ihn kann der Kapitalismus noch Konzessionen machen, selbst wenn nur gegenüber beschränkten Teilen des Proletariats. Hier ist nur ein Ausdruck seiner Leugnung der Tiefe der kapitalistischen Krise, seines kleinbürgerlichen Glaubens an dessen fortdauernder Stärke und Stabilität" *(Workers Press,* 26. und 27. September 1973, unsere Hervorhebung).

Die „Krise[4 4] ist so überwältigend, daß sogar Lohnforderungen nicht durchgesetzt werden können, folglich sind sogar einfache Lohnforderungen revolutionär. Diese Position führt zur Liquidation des Programms und letzten Endes der Notwendigkeit der Partei. Die Krise ist alles, das Programm ist nichts.

In der Tat führt oft steigende Arbeitslosigkeit zum Abflauen der proletarischen Militanz. Der Grund ist einfach genug: in Ermangelung einer starken proletarischen Führung bedeutet ein Rückgang in der Nachfrage nach Arbeitskraft eine Schwächung des Proletariats. Wo es ein Überangebot an Arbeitskraft gibt, sind traditionelle Kampfformen wie Streiks, die auf dem Entzug von Arbeitskraft basieren, weniger wirksam. Nicht nur weiß der Arbeiter, daß der Kapitalist sowieso noch ein paar Leute auf die Straße setzen möchte, sondern die Rekrutierung von Streikbrechern aus dem großen Heer der Arbeitslosen ist für den Kapitalisten erheblich leichter. 1930, am Anfang der großen Depression in den USA gab es 618 Streiks gegenüber 349 400 im Jahre 1927, mit einem parallelen Rückgang an der Gesamtzahl der beteiligten Arbeiter. Der Aufstieg der proletarischen Militanz begann in den USA 1933/34 mit einem kurzen industriellen Aufschwung (und unter maßgebendem Einfluß der KP/USA, der trotzkistischen Communist League of America (CLA) und der zentristischen American Workers Party von A. J.Muste, die alle in dieser Zeit wichtige Generalstreiks geführt haben).

Da die besonders von der Arbeitslosigkeit betroffenen Schichten der Arbeiterklasse (Jugend, Frauen, Ausländer) oft eine explosionsartige Militanz zeigen (lange vor den „schweren Bataillonen" der Klasse), besteht ein verwandter, impressionistischer Irrtum in dem Glauben an die *Avantgardefunktion* dieser Schichten. So schrieb eine der sich befehdenden Tendenzen (d.h. die gegenwärtige Führungsgruppe) des Spartacusbundes im Frühling 1975:

„Bei der derzeitigen Lähmung der Arbeiterklasse bedeutet das gerade für unsere Genossen im Betrieb. ..das Suchen eines Zugangs zu den frisch erwachenden Schichten, die nicht unmittelbar unter dem Einfluß der SPD stehen oder beginnen, sich ihr aufgrund ihrer objektiven Lage zu widersetzen (ausländische Arbeiter, Frauen, Jugendliche, Arbeitslose)" *(Spartacus* Nr. 14, 18. März 1975).

Kommunisten müssen programmatisch eine Perspektive für diese Schichten weisen, die der vollen Wucht der Depression ausgesetzt sind, sie müssen sich mit dem revolutionären Programm einen Weg zu den unterdrücktesten, rechtlosesten und am stärksten verelendeten Schichten bahnen. Doch sie dürfen diese Schichten nicht zur Ersatzavantgarde hochstilisieren. Die zentrale Konzentrierung auf diese Schichten bedeutet, einem gefährlichen substitutionalistischen Fehler zum Opfer zu fallen. Die verzweifelte Militanz besonders unterdrückter Schichten ist eben ein Anzeichen ihrer Verzweiflung — und nicht unbedingt ihres Bewußtseins. Es ist die Aufgabe von Kommunisten, die politisch bewußtesten Arbeiter zu organisieren, die weitgehend zu den *organisierten* und nicht „frisch erwachten" Schichten gehören. Die Orientierung dieser Spartacusbund-Tendenz zeigt eine Neigung, eine für Kommunisten unmittelbar erreichbare — weil nicht in traditionellen Organisationen der Arbeiterklasse organisierte — neue Massenavantgarde zu suchen, wodurch diese Tendenz eine ganze Periode des zähen Kampfes für das kommunistische Programm in den Gewerkschaften überspringen will. Eine noch unmittelbarere Gefahr ist aber die *Isolierbarkeit* der unteren Schichten des Proletariats. Sie sind jeder Repression der Kapitalisten viel offener und schutzloser ausgesetzt. Nur eine Orientierung, die sich auf den organisierten Kern der Klasse richtet, in Verbindung mit dem langwierigen Kampf, die verräterische sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hinauszuschmeißen und sie durch eine kommunistischen Führung zu ersetzen, kann die Isolierung der schwächeren Schichten des Proletariats verhindern.

Die Organisierung der Arbeitslosen

Elementar zur Bewahrung der Einheit zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden ist die Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter, die durch Arbeitslosigkeit heimgesucht werden. Ihr Recht muß verteidigt bzw. erkämpft werden, volle Mitglieder ihrer jeweiligen Gewerkschaften zu bleiben, mit vollen Stimmrechten und nicht abgesondert von

anderen Gewerkschaftsmitgliedern durch irgendwelche benachteiligenden Sonderbestimmungen. Ein besonderer Mitgliedsbeitrag für Arbeitslose muß eingeführt werden, besondere Gewerkschaftskomitees müssen gegründet werden (nicht traute Bürokratenkommissionen), wo die Probleme von arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern behandelt werden.

Bei breiter Arbeitslosigkeit müssen die Gewerkschaften gezwungen werden, besondere Organisationen der Arbeitslosen zu bilden. Da aber kaum zu erwarten ist, daß eine solche Initiative von der verknöcherten Gewerkschaftsbürokratie getragen wird, wird es notwendig sein, daß militante Gewerkschaftler und linke politische Organisationen nach Kräften für den Aufbau solcher breiten Arbeitslosenorganisationen kämpfen. Eine solche Organisation müßte als Einheitsfrontorganisation konzipiert werden und eine möglichst enge Verbindung mit den gewerkschaftlich organisierten Massen anstreben.

Aus zwei Gründen ist die Verbindung von Arbeitslosenorganisationen und Gewerkschaften von zentraler Bedeutung. Erstens: Obwohl die Arbeitslosen oft große Militanz und große Aufopferungsbereitschaft zeigen, sind sie getrennt von den Hebeln der sozialen Macht des Proletariats. Die Arbeitslosen sind nicht im Betrieb, haben nicht direkten Zugang zum Produktionsprozeß. Ein Kampf von Arbeitslosen alleine kann zeitweilige Erfolge erzielen, aber nur in einer gemeinsamen Front mit dem übrigen Proletariat können Arbeitslose die Welt aus den Angeln heben. Zweitens: Arbeitslosigkeit ist eine soziale Kategorie, nicht ein Klassenzustand, und Arbeitslosenorganisationen haben üblicherweise eine nur geringe Stabilität. Ein erheblicher Teil ihrer Mitgliedschaft wird im Aufschwung Arbeit finden, was oft zum Wegschmelzen der Organisation führt. Arbeitslosenorganisationen müssen die *Einheit* des Proletariats erzielen, nicht eine Spaltung in Arbeitslose und Arbeitende.

Die Erfahrung trotzkistischer Organisierung der Arbeitslosen — insbesondere durch die amerikanischen Trotzkisten in den 30er Jahren — beweist die strategische Bedeutung der organisatorischen Einheit der Arbeitslosen und Arbeitenden. In dem ersten großen amerikanischen Generalstreik der 30er Jahre, dem Auto-Lite Streik vom Jahre 1934 in Toledo, Ohio, hat die Arbeitslosenorganisation von A. J.Muste eine entscheidende Rolle gespielt, weil diese Organisation den Kampf des örtlichen AFL-Verbandes durch massive Mobilisierung von Streikposten unterstützt hat. Dieser Streik wurde zu einem ersten großen Sieg im Kampf für die Schaffung von Industriegewerkschaften in den USA. Am erfolgreichsten war die Organisierung von Arbeitslosen dort, wo sie von der Gewerkschaft selbst ausging. Die lokale Sektion der Lastkraftwagenfahrergewerkschaft in Minneapolis, Minnesota, war unter trotzkistischer Führung seit einem erfolgreichen Generalstreik im Jahre 1934 und organisierte bis zu 10 000 Arbeitslose in ihrer „Federal Workers Section", einer Organisation, die für alle Arbeitslose in Minneapolis offenstand. Diese Arbeitslosenorganisation, dem lokalen Gewerkschaftsverband untergeordnet, aber mit autonomer Struktur, führte erfolgreiche Kämpfe für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und unterstützte Streiks in dem Gebiet. Die FWS wurde die wahrscheinlich stabilste und bestorganisierte Arbeitslosenorganisation des Jahrzehnts in den USA (Siehe: „Organizing the Unemployed in the Great Depression", *Workers Vanguard* Nr. 73 und 74, 18. Juli und 1. August 1975).

Die Trotzkistische Liga Deutschlands hat in ihrer Flugschrift zur Jugendarbeitslosigkeit der Notwendigkeit des Kampfes um gewerkschaftliche Anerkennung von Arbeitslosenkomitees und „einer geschmeidigen Einheitsfrontpolitik gegenüber den Gewerkschaften..." besonderen Nachdruck gegeben. Wir kritisierten den Spartacusbund, weil in seiner Broschüre zur Jugendarbeitslosigkeit („Lehrstellen her, sonst knallt's") kein Wort von dieser Perspektive zu finden ist. In *Spartacus* Nr. 23 versucht nun der Spartacusbund, diese Kritik mit dem Hinweis abzufangen, daß in seiner Broschüre wohl etwas von „Kontakt zu den Betrieben" die Rede ist. „Der Kontakt zu den Betrieben ist allerdings eine wesentliche Voraussetzung; und was sind denn betriebliche Jugendgruppen und Vertrauensleutevertreterversammlungen schließlich anderes als gewerkschaftliche Gremien?" („Das große Bürokratenzittern", *Spartacus* Nr. 23).

Diese Genossen haben nicht die blasseste Ahnung, worum es geht! Fangen wir mit der banalen Feststellung an, daß Vertrauensleute keineswegs unbedingt Gewerkschaftsvertreter (oder Mitglieder) sind — und somit nicht notwendig „gewerkschaftliche Gremien" sind (daß „betriebliche Jugendgruppen" meist keine institutionalisierten Gewerkschaftsgremien sind und stets - längerfristig gesehen - die schwächsten Bastionen des antibürokratischen Kampfes in den Gewerkschaften darstellen, sei nebenbei erwähnt). Aber ungleich wichtiger ist festzustellen, daß die Orientierung auf die Gewerkschaften nicht nur eine Frage von „Kontakten" mit einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern ist, (eine „Einheitsfront von unten" in den Betrieben), sondern sie ist eine Frage der programmatischen Orientierung auf die Gewerkschaften selber als die größten und bedeutendsten (reformistisch geführten) Arbeitermassenorganisationen in Deutschland. Diese Orientierung muß eine „geschmeidige Einheitsfronttaktik" gegenüber den Gewerkschaften einschließen, als wesentliches Instrument sowohl für die Schaffung der Einheit zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen als auch als Mittel, um die verräterische sozialdemokratische Gewerkschaftsführung zu entlarven, um sie durch eine revolutionäre Führung zu ersetzen. Von dieser strategischen Aufgabe findet man *kein Wort* in der Broschüre des Spartacusbundes — vielmehr müßte man aus dieser Broschüre schlußfolgern, daß der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit *um die Gewerkschaften herum* geführt werden kann, durch „Kontakt" zu den „Betrieben".

Wir kritisierten in unserer Jugendarbeitslosigkeitsflugschrift auch die Vorstellung des Spartacusbundes, Arbeitslosenkomitees perspektivisch *von dem Spartacusbund selber* aufzubauen, in denen „auch Diskussionen über die weitere Perspektive der Arbeit" geführt werden sollen, als Ausdruck des Spartacusbundes, nicht gerade eine Avantgardefunktion zu beanspruchen. Zur Verteidigung dieser Liquidierung jeder Avantgardefunktion beweist der Spartacusbund sein Unverständnis der Einheitsfront: „wir streben mit diesen Komitees keine eigenen *Parteikomitees,* sondern *Aktionskomitees* an ..." Es ist wieder festzustellen — diese Genossen wissen nicht, worum es geht! Kommunisten machen nicht das revolutionäre Programm zur *Vorbedingung* ihrer Arbeit in Arbeitslosenkomitees (oder Gewerkschaften!). Aber wir *kämpfen* ständig und von Anfang an für das einzige Programm, das den Interessen der Arbeitslosen und der Arbeiter entspricht, das Übergangsprogramm und für die Akzeptierung dieses Programms durch die Mehrheit der Mitglieder. Unsere Arbeit in solchen

KORREKTUR

In der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 11, November 1975 soll es auf Seite 3, 2. Absatz, unter Punkt 1 heißen: „In seinem Dokument vom 13. Februar 1974...", nicht 1975.
Auf Seite 9, rechte Spalte oben soll es statt „zwei entristische" Gruppen..." heißen: „zwei zentristische Gruppen könnten durch ihren Zusammenschluß..."

Komitees wird von Anfang an organisatorisch in der Form einer disziplinierten *Zelle,* die für das kommunistische Programm kämpft, erfolgen. Wir bauen nicht perspektivlose Frontgruppen auf, um später „über weitere Perspektive(n) der Arbeit" unschuldig zu quatschen.

Vor vier Jahrzehnten waren die amerikanischen Trotzkisten der CLA dem Spartacusbund um Lichtjahre voraus. 1933 analysierte Arne Swabeck, Veteran der KP und Mitbegründer der CLA, in einem Pamphlet („Unemployment and the Working Class") die Aufgaben im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Gegen das sektiererische Abenteurertum der KP in der „dritten Periode" betonte Swabeck die Notwendigkeit der Einheitsfront aller Arbeiter gegen die Arbeitslosigkeit, *aber auch* die Notwendigkeit eines Programms, das sich aus Forderungen zusammensetzt, „die Meilensteine zum revolutionären Ziel" darstellen. Zentral war Swabecks Aussage, daß eine Arbeitslosenbewegung nicht isoliert siegen könnte, sondern daß „ihre Ziele... allgemeine Ziele der Arbeiterklasse, ihr Kampf Teil der allgemeinen Klassenkämpfe für die Revolution" sein müssen. Eine Resolution der Workers Party of America (Nachfolgeorganisation der CLA) zur Arbeitslosenfrage unterstrich 1935 die Notwendigkeit, die Arbeitslosenorganisationen „in den Prinzipien des Klassenkampfes" zu verankern. Die WPA hat beispielsweise einen unerbittlichen Kampf gegen das Auftreten rassistischer Tendenzen in der National Unemployment League (NUL - Nationale Arbeitslosenliga) geführt, und unter der Kontrolle der WPA weigerte sich die NUL entschieden, rassisch nicht-integrierte Ortsgruppen aufzunehmen (Siehe: *WV* 73). Diese Erfahrungen unserer Bewegung haben wenig mit dem Aufbau programmloser Arbeitslosenkomitees zu tun, die irgendwann über „weitergehende Perspektiven" reden werden.

Proletarische Taktik im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Geringe Nachfrage nach Arbeitskräften und hohe Arbeitslosigkeit reduzieren die Effektivität von Streiks, besonders in isolierten Betrieben oder in Gebieten, wo die Arbeitslosigkeit extrem hoch und langandauernd ist. Unter diesen Kampfbedingungen ist die Besetzung von Betrieben eine natürliche Waffe des Proletariats. Die Betriebsbesetzung ist nicht nur der Entzug von Arbeitskraft, die sowieso in Überschuß vorhanden ist, sondern sie ist die (zeitweise) Beschlagnahme des Kapitals der Unternehmer. Sie stellt die Existenz des Privateigentums der Produktionsmittel selber in Frage.

Aber ein solcher frontaler Angriff provoziert eine entsprechend harte Reaktion der Kapitalisten und ihres Staates, oft in direkter Zusammenarbeit mit ihren Agenten in der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftsbürokratie. Die Sicherung von Betriebsbesetzungen wirft folglich besonders dringlich die Frage der Arbeiterselbstverteidigung auf — von militanten Streikposten bis zu Arbeitermilizen gestützt auf die Gewerkschaften. In einer Periode relativer Ruhe des Klassenkampfes



Während des von Trotzkisten geführten Generalstreiks in Minneapolis (1934) sicherten bewaffnete Streikposten militant die Durchführung des Streiks gegen Polizeieinsatz.

kann es sich die Bourgeoisie leisten, die Niederschlagung eines Erwitte der Gewerkschaftsbürokratie und den bürgerlichen Gerichten anzuvertrauen. Bei schärferen Klassenauseinandersetzungen und bei wichtigeren Betrieben ist mit der unmittelbaren Gefahr eines Einsatzes der „bewaffneten Banden des Kapitals" zu rechnen. Letzten Endes kann der Erfolg von Betriebsbesetzungen nur durch eine Erweiterung des Kampfes erreicht werden. Nicht der Appell an Arbeitsgerichte, sondern der Generalstreik zur Durchsetzung der entschädigungslosen Enteignung unter Arbeiterkontrolle bietet den zukünftigen Erwittes und Kalletals eine Perspektive.

Die IG-Chemie-Bürokratie spielte bei der Besetzung in Erwitte eine offene Streikbrecherrolle. Die Nichtanerkennung der Betriebsbesetzung war die Erklärung seitens der Gewerkschaftsbürokratie, daß der Betriebsrat von Seibel und Söhne als Freiwild zu betrachten und keine wirksame Unterstützung durch die Gewerkschaft zu erwarten sei. Militante Gewerkschafter müssen für die gewerkschaftliche Anerkennung von Streiks und Besetzungen kämpfen - aber ohne Illusionen in die Gewerkschaftsführung zu setzen. Der Kampf um gewerkschaftliche Anerkennung dient der Entlarvung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie als Arbeiterverräter.

Mitbestimmung: Die Arbeiterklasse als Geisel im Aufsichtsrat

Der Mitbestimmungskompromiß der Koalitionsregierung wird als Erfolg ihrer Politik gefeiert. Daran ist ein Stückchen Wahrheit, denn die Aufgabe der SPD-FDP-Koalitionsregierung ist die Erhaltung der bürgerlichen Kontrolle über die Arbeiterklasse. Nicht ohne gebührendes Klassenbewußtsein schrieb der konservative Londoner *Economist* positiv zur Mitbestimmung: „Es muß einen besseren Weg geben als Betriebsbesetzung" (15. November 1975).

Sogar von der Gewerkschaftsbürokratie wird eine gewisse „Kritik" an dem Kompromiß kommen, besonders an der nichterreichten „Parität". Unsere grundsätzliche Ablehnung der Mitbestimmung hat aber mit dem Theater ä la Vetter nichts gemeinsam. Revolutionäre lehnen entschieden jede Klassenkollaboration - und damit jede Form von „Klassenpartnerschaft", Mitbestimmung usw. - ab. Die Aufgaben des revolutionären Proletariats können nur im unversöhnlichen Kampf gegen die Bourgeoisie durchgesetzt werden. Mitbestimmung aber macht „Vertreter" der Arbeiterklasse mitverantwortlich für die Politik des Kapitals: für Kurzarbeit, Entlassungen, Preiserhöhungen usw. Auf kapitalistischer Basis, im Rahmen der Profitgesetze der bourgeoisen Wirtschaft, ist Mitbestimmung nur die Geiselnahme der Arbeiter durch die Kapitalisten. Wir wollen keine „Arbeitervertreter" in kapitalistischen Aufsichtsräten, sondern eine Regierung der Arbeiterklasse, die Enteignung der Industrie, die Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. *Keine Arbeiter„Vertreter" im Aufsichtsrat!* Nieder mit jeder Form und Ideologie der „Klassenpartnerschaft"!

Die Bedingung des Sieges: die revolutionäre Partei!

Diese elementaren Forderungen bringen konkret die Perspektive zum Ausdruck, die Klassenselbständigkeit des Proletariats, seine unabhängige Klassenaktion zu erkämpfen. Diese Klassenselbständigkeit findet ihren höchsten Ausdruck in der proletarischen Avantgardepartei. Und hier kommen wir zum Kern unserer Argumentation: Programm, Organisation und Taktik des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit bilden eine Einheit; sie lassen die Arbeiterklasse erkennen: es gibt keinen getrennten, isolierten Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, unabhängig vom Sturz des Kapitalismus. Diese Einheit der revolutionären Strategie und Taktik wird letztlich nur garantiert durch die bolschewistische Partei, die stets als Träger und Vermittler des revolutionären Übergangsprogramms das Proletariat aus verkürzten syndikalistischen und reformistischen Sackgassen herausführt. In dieser Erkenntnis der Notwendigkeit der revolutionären Avantgarde liegt allein die Perspektive, mit der die Basiswurstelei zu überwinden ist. (Exemplarisch für letztere siehe den Artikel in *Spartacus* Nr. 24, Januar 1976: „Ein Komitee, das sich abrackert!", der vom *Spartacusbund* in altbekannter eklektischer Weise von *Rouge,* dem Organ der französischen VS-Sektion LCR, übernommen und der GlM - deutsche Sektion des gleichen VS — als Beispiel entgegengehalten wird.) Nicht Gewerkschaften, nicht Kommissionen, nicht Komitees u.a. Institutionen — so notwendig bestimmte solche Formen im Kampf sind — bieten die Perspektive: das Programm und die Taktik. Es ist erfreulich, daß der Spartacusbund sich von der nurgewerkschaftlichen Orientierung der GlM abzugrenzen sucht; er selbst fällt aber in eine selbstgenügsame Perspektive von Arbeitslosenkomitees, die um die Gewerkschaft herum zu realisieren sein soll. Die Frage des Übergangsprogramms, die Frage der Partei, die sich im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als alternative Klassenführung gegenüber den reformistischen Klassenverrätern erweisen wird, kommt gar nicht in das Blickfeld handwerklerischer Beschränkung. Aber gerade die Partei und ihr Programm werden allein das Proletariat zur Errichtung seiner Macht, zur Diktatur des Proletariats, führen können — nur so wird das kapitalistische Übel der Arbeitslosigkeit für immer ausgerottet werden.

— Für **die unabhängige Organisation** der **Arbeiterklasse!**
— **Für den Aufbau der revolutionären trotzkistischen Partei als Sektion der wiederzuschaffenden Vierten Internationale!**

und Japaner und in der chinesischen Revolution gewesen (was von der stalinistischen Bürokratie nicht gesagt werden kann)" *(was tun* Nr. 61).

—„Die chinesische Revolution wurde von Anfang bis Ende gegen Stalin und die Moskaubürokratie durchgeführt" (ebd.).

—Die chinesische Bürokratie setzte sich im Gegensatz zum sowjetischen Sozialismus nicht „als blutige Reaktion" gegen oppositionelle Strömungen in der Arbeiterklasse und der Bauernschaft durch. Ihr Verhalten gegenüber den Massen war „nicht das des offenen Terrors" (ebd.).

—In der Außenpolitik spielte die VR China „eine konterrevolutionäre Rolle!" (ebd.) Aber: „Auf der anderen Seite hat die VR China oft offen revolutionäre Bewegungen unterstützt" (ebd.).

—„Während der 60er Jahre riefen die chinesisch-sowjetische Polemik und die Kulturrevolution eine bedeutende Wendung nach links hervor... Dieser Prozeß (hatte) günstige



Der amerikanische Botschafter Hurley gibt Mao Tse-tung im August 1945 Schutzgeleit auf dem Wege von Yenan zu Tschiang Kai-scheks Residenz.

Auswirkungen...für das Auftauchen neuer revolutionärer Führungen" *(was tun* Nr. 72).

— Bei der chinesischen Bürokratie handelt es sich um eine „bürokratische Schicht weniger verfestigt als die parasitäre Kaste der Sowjetunion" (ebd.).

Diese Liste hanebüchener „Analysen" ließe sich sicher noch fortsetzen, aber sie reicht, um den Revisionismus des VS zu erkennen. Die Genossen der GIM werden uns vorwerfen, daß wir auf Äußerungen ihrer Organisation und ihrer Führer aus einem über 10 Jahre umfassenden Zeitraum zurückgreifen: Nun, es ist nicht unser Fehler, daß sich die Führer des VS zu verschiedenen Zeiten und Anlässen verschieden ausgedrückt haben. „Opportunisten aller Schattierungen... stellen der marxistischen Klassenanalyse beständig ‚konkrete[4] konjunkturelle Einschätzungen gegenüber" (Trotzki, *In Verteidigung des Marxismus,* Berlin 1973, S. 122). Verschieden ist aber nur die *Terminologie* der Genossen des „Vereinigten" Sekretariats und der GIM — unverändert ist die antitrotzkistische Methodik: Die permanente Verwendung konjunktureller, eklektischer Analysen zwecks harmonischer Integration in diverse kleinbürgerliche Avantgarden", bei der VS-Mehrheit gegenwärtig die „neue Avantgarde mit Massencharakter". So ist spätestens nach den blutigen Attacken der Genossen von der KPD (bzw. KSV) und der KPD/ML (bzw. KSB/ML) der korrekte Begriff „Maostalinismus" bei der GIM hoffähig geworden — im gleichen Flugblatt *(was tun* - Extra, Berlin, 26. November 1975) aber hebt sie die VR China positiv gegenüber der Sowjetunion hervor und nur im Fall der UdSSR wird auch folglich der Ruf nach einer politischen Revolution erhoben:

„Auf der Ebene der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, der Integration von Politik und Ökonomie scheint die VR China einen Schritt weiter als die SU zu sein. *Diese Tendenz unterstützen wir.* Das wird uns aber nicht davon abhalten, die Politik der *KPCh dort* zu kritisieren, *wo* sie falsch ist" (Hervorhebung von uns). Man sieht, Pierre Franks nun schon gut fünfzehn Jahre alte Analyse, daß die Auffassungen der chinesischen Bürokratie „vom leninistischen Standpunkt" aus nur noch „gewisser Nuancen" ermangele, kommt hier wieder zum Tragen. Die Genossen spielen mit Begriffen. Der Terminus „Maostalinismus" verliert dann seinen Sinn, wenn man ihn nicht inhaltlich ausfüllt, sondern ihn mit einer *konträren Analyse* verbindet. *Wie,* Genossen von der GIM, erfolgt in der VR China die „Integration von Politik und Ökonomie", und in *wessen Interesse*}*

Maoismus: Nichts als eine Variation klassisch stalinistischen Verrats

Doch zurück zum Katalog ihrer oben angeführten Begründungen: War die chinesische Bürokratie „zugleich revolutionäre Führung im zwanzigjährigen Bürgerkrieg gegen die Kuomintang und die Japaner und in der chinesischen Revolution"? Wurde die chinesische Revolution „von Anfang bis Ende gegen Stalin und die Moskaubürokratie durchgeführt"? Hat die maoistische Bürokratie sich jemals der trotzkistischen Theorie der permanenten Revolution „genähert"? Nein, nein und nochmals nein! Hier wird wirklich alles auf den Kopf gestellt. *Stalin wie Mao Tse-tung* haben das proletarische Programm stets, wo sie nur konnten, der chinesischen Bourgeoisie und ihrem poetischen Repräsentanten, der Kuomintang, untergeordnet. L war Tschiang Kai-schek, nicht Mao Tse-tung, der Ende 194o die Verhandlungen mit der KPCh zwecks Bildung einer Koalitionsregierung abbrach. Selbst danach ließ Mao es sich nicht nehmen, trotz Verjagung der KPCh-Delegation durch die Kuomintang im März 1947, persönlich nach Chung-king, dem Regierungssitz Tschiang Kai-scheks zu fliegen, um die Bildung einer Volksfrontregierung mit der „patriotischen Bourgeoisie" voranzutreiben. Erst nachdem Tschiang am 25. Juni 1947 einen Haftbefehl zur Ergreifung Mao Tse-tungs erließ und mit der Vernichtung der Basisgebiete der KPCh in Yenan durch Kuomintang-Truppen drohte, rief die KPCh am 10. Oktober 1947 zum Sturz Tschiang Kai-scheks auf. Die Mission des US-Generals Marshall - in Europa auch durch den „Marshallplan" bekannt —, ein gemeinsames Regime, bestehend aus Kuomintang und KPCh zu schaffen, war gescheitert; er verließ Ende 1947 China.

Mao hat sich immer verzweifelt darum bemüht, anstelle der Diktatur des Proletariats die Diktatur der Bourgeoisie, nämlich in Form der „neuen Demokratie" (ein Etappenmodell, wie es stalinistischer gar nicht sein kann), zu errichten. Daß dies der KPCh unter Maos Führung ebensowenig wie zweieinhalb Jahrzehnte später den vietnamesischen Stalinisten in Saigon gelungen ist, spricht gegen die Haltlosigkeit

der Theorie der „neuen Demokratie", nicht aber für die „Annäherung" (Mandel) der chinesischen Stalinisten an die Theorie der permanenten Revolution oder deren „Assimilierung" (Pierre Rousset) durch die vietnamesischen Stalinisten, wie diese vorgeblichen Trotzkisten meinen.

Laut GIM war und ist das Verhalten der chinesischen Bürokratie gegenüber den Arbeiter- und Bauernmassen „nicht das des offenen Terrors", sondern vielmehr ein „paternalistisches". So wird die Frage falsch gestellt. Jede stalinistische Bürokratie, ob in Havanna, Hanoi, Peking, Ostberlin oder Moskau, beruht auf einem kombinierten Herrschaftssystem aus offenem Terror und paternalistischen, versteckten Drohungen (wie es zum Beispiel im Kampf gegen den „Ökonomismus" von Lohnforderungen zum Ausdruck kommt). Was den offenen stalinistischen Terror in China angeht, so verweisen wir die GIM-Genossen hier nur auf die Ermordung und Verhaftung hunderter trotzkistischer Genossen Anfang der fünfziger Jahre in den Provinzen Kwangsi, Kwangtung, Tsche-kiang, Hopeh und anderswo (vgl. „Pabloisten verraten trotzkistische Revolutionäre — Revolutionäre in Chinas Gefängnissen" in *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 8, April 1975), auf die Verbannung tausender junger, von der „Kulturrevolution" enttäuschter Rotgardisten 1968 aufs Land oder, um ein aktuelleres Beispiel zu nehmen, auf die Niederschlagung des Streiks der Arbeiter von Hangtschou im Sommer letzten Jahres durch die chinesische „Volksbefreiungsarmee" (vgl. *Workers Vanguard* Nr. 79).

Bei der Analyse der chinesischen Außenpolitik verheddert sich die GIM vollends in Widersprüchen. Laut *was tun* Nr. 61 spielte die chinesische Bürokratie einerseits „eine konterrevolutionäre Rolle ... oftmals ähnlich der Moskau-Bürokratie", andererseits „hat die VR China oft offen revolutionäre Bewegungen unterstützt". Welch Dilemma für „Revolutionäre Marxisten"! Es gehört zum ABC des Trotzkismus — nicht aber zum ideologischen Arsenal der in der Tradition Michel Pablos, einem einstigen Führer der Anfang der fünfziger Jahre degenerierten IV. Internationale, stehenden GIM —, daß deformierte (VR China) wie degenerierte (UdSSR) Arbeiterstaaten Befreiungsbewegungen in aller Welt, mal hier, mal dort, mal mehr , mal weniger, unterstützen *müssen,* um ihre politischen Einflußsphären zu halten bzw. auszuweiten, um dem Führungsanspruch der konkurrierenden Bürokratie in Moskau oder Peking zu begegnen, um die Weltbourgeoisie quasi zu „neutralisieren" (ein freilich illusorisches Unterfangen), und auch deshalb, um erfolgreiche Revolutionen unter bolschewistischer Führung (eine essentielle Gefährdung der eigenen parasitären Herrschaft über die Arbeiterklasse!) wo nur möglich zu verhindern. Das gilt für die VR China genauso wie für die Sowjetunion. Die vietnamesischen Stalinisten verdanken ihren Sieg über den US-Imperialismus nicht zuletzt sowjetischen Waffen. Die angolanische kleinbürgerlichnationalistische MPLA (die bei der GIM unter die Kategorie „revolutionäre Bewegung" fällt) — die *gegenwärtig* gegen eine Front imperialistischer Staaten, allen voran die USA, kämpft und deshalb *gegenwärtig militärisch,* nicht politisch, von Revolutionären unterstützt werden muß (vgl. Angola-Artikel in dieser Ausgabe *der Kommunistischen Korrespondenz)* — wäre ohne den russischen Waffennachschub längst am Boden zerschlagen. Wir sehen also: *beide* dominierenden, bürokratischen Kasten unterstützen zeitweise und bedingt Befreiungsbewegungen gegen den Imperialismus.

Betreibt die Peking-Bürokratie erst seit 1970 „eine im großen und ganzen offen konterrevolutionäre Außenpolitik, die sich kaum von der Moskaupolitik unterscheidet"? Und warum gerade „seit Mao Tse-tung mit dem Sieg in der Kulturrevolution über die Tendenz von Liu Schao-schi seine Position verstärkte"? War und ist Mao Tse-tung doch laut GIM „trotz aller theoretischen Beschränktheit" ein aufrechter Kämpfer gegen Bürokratismus. Trotzki hat das Dilemma solcher Genossen auf einen Nenner gebracht: „Der Zentrist, seiner Position und seiner Methoden nie gewiß, steht dem revolutionären Prinzip *Aussprechen was ist* voll Widerwillen gegenüber. .. Der Zentrismus ist theoretisch formlos und eklektisch; er flieht möglichst theoretische Verbindlichkeit und ist (in Worten) geneigt, der ^evolutionären Praxis' den Vorrang zu geben vor der Theorie, ohne zu begreifen, daß allein die marxistische Theorie der Praxis eine revolutionäre Richtung zu geben vermag" (Trotzki, „Der Zentrismus und die IV Internationale"). Der Stalinismus *in allen seinen nationalen Variationen* ist seit eh und je konterrevolutionär!

Was die chinesische Außenpolitik angeht, so muß deutlich gegen die GIM und das VS betont werden, daß die Bürokratie der VR China schon lange vor 1970 eine konterrevolutionäre Politik betrieb. Die GIM suggeriert eine Wende nach 1970 aufgrund des imperialistischen Entgegenkommens gegenüber der Peking-Bürokratie (siehe u.a. das China-Dossier

in *was tun* Nr. 61, 9. Oktober 1974). Eine solche Wende gab es jedoch nicht. Die Pekinger Bürokratie hat den Ausverkauf des Genfer Vietnamabkommens von 1954 voll gedeckt. 1956 bejubelte Peking die Unterdrückung der beginnenden politischen Revolution in Ungarn. Die chinesische Bürokratie hat stets das Bündnis der KP Indonesiens mit der indonesischen Bourgeoisie unterstützt - bis zum Massaker im Jahre 1965. Aber auch darauf haben die Genossen eine windelweiche Antwort:„... dieses Ereignis (wiegt) auf der Waage des zwanzigsten Jahrhunderts viel geringer als der Sieg der chinesischen Revolution" (Dokument der IEK-Mehrheitstendenz „The Differences in Interpretation of the ‚Cultural Revolution' at the Last World Congress and Their Theoretical Implications", *International Information Bulletin* der SWP, November 1973). Man ist sich für nichts zu schade. Das blutige Massaker an Hunderttausenden von Proletariern durch die indonesische Bourgeoisie wird zu einer alltäglichen Banalität degradiert!

Wann jemals hat die „Kulturrevolution eine bedeutende Wendung nach links" hervorgerufen? Die „Kulturrevolution" war ein innerbürokratischer Kampf. Die Ursachen für die „Große Proletarische Kulturrevolution" lagen in der katastrophalen wirtschaftlichen Lage Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre (nach dem „Großen Sprung nach vorn"). Jeweils für ihre Zwecke mobilisierten die zwei Hauptfraktionen der Bürokratie um Liu Schao-schi und Mao Tse-tung die Massen. Während Mao sich auf zehntausende Jugendliche, die sogenannten Rotgardisten, stützte und sie gegen die vermeintlichen Restaurateure des Kapitalismus und gegen den „schädlichen Ökonomismus" beispielsweise streikender Eisenarbeiter richtete, gelang es der Liu-Fraktion, die Furcht des chinesischen Proletariats vor wirtschaftlichen Restriktionen demagogisch für sich auszunutzen und sie um sich zu scharen. Die „Kulturrevolution" polarisierte die chinesische Gesellschaft auf eine falsche Weise; Proletariat und Jugend standen auf verschiedenen Seiten der Barrikade. Aufgabe von Trotzkisten wäre es in dieser Situation gewesen — und bleibt es bis heute noch — die unzufriedene Jugend, die Arbeiter und die Bauern zu einigen und sie gegen *alle* Flügel der Bürokratie zur politischen Revolution und damit zur sozialistischen Rätedemokratie zu führen.

Wann, wo und wie „dieser Prozeß" nun „günstige Auswirkungen.. .für das Auftauchen neuer revolutionärer Führungen" hatte, bleibt Geheimnis der GIM-Genossen.

Zur Begründung ihrer Analyse der Pekinger Bürokratie als einer „zentristische(n) Führung..., die mit dem Stalinismus gebrochen hat, diesen Bruch aber nicht theoretisch verarbeitet hat" *(Inprekorr* Nr. 20, 15. Oktober 1972), führen sie das Argument an, daß es sich bei ihr um eine „bürokratische Schicht, weniger verfestigt als die parasitäre Kaste der Sowjetunion" handelt. Den großen Unterschied zwischen „bürokratische^) Schicht" und „parasitäre(r) Kaste" können wir nicht nachvollziehen. Das ist ein Beispiel für sophistische, nichtssagende Haarspalterei, die uns vom VS und anderen Revisionisten oft zum Vorwurf gemacht wird. Was heißt hier „weniger verfestigt"? Die chinesische Bürokratie besitzt





1956 unterstützte Mao Tse-tung Kruschtschow (oben) bei der sowjetischen Niederschlagung der beginnenden politischen Revolution in Ungarn (un-

Mercedes-Wagen und höchste Einkommen wie die sowjetische ihre Datschas. Beide haben Proletariat und Bauernschaft *politisch* expropriiert. Auch sind die Regime in Peking wie in Moskau notwendigerweise unstabil, sie können langfristig weder die Gefahren eines imperialistischen „rollback" noch die Unruhen der Jugend, der Arbeiter- und Bauernmassen in China und Rußland meistern. Nach dem Tod des „Vorsitzenden" und „großen Steuermanns" Mao Tse-tung wird die Führungskrise in China gewiß eine neue Dimension annehmen, aber auch Breschnews Ablösung im Kreml wird das von gewaltigen ökonomischen Problemen erschütterte Regime kaum stabilisieren.

Beide parasitären Bürokratien bemühen sich (vergeblich), die reaktionär-utopische Theorie vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land", die Antithese des proletarischen Internationalismus, in die Tat umzusetzen. Beide bürokratischen Kasten stützen sich als parasitäre Usurpatorenschicht auf die Errungenschaften der sozialen Umwälzung, d.h. der Zerschlagung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, und finden

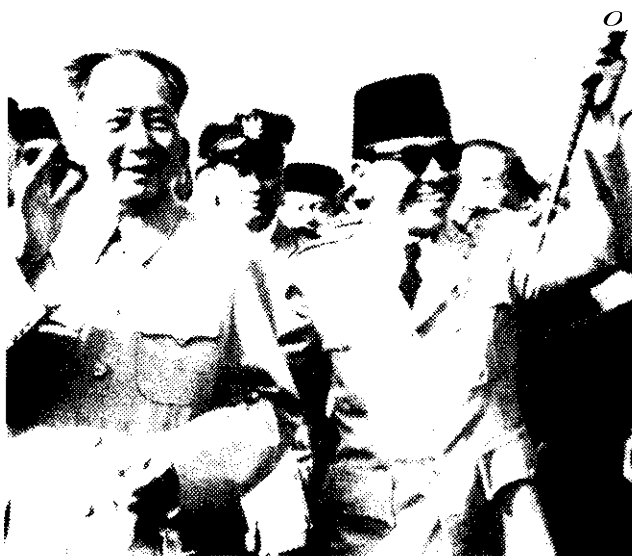
im Staatseigentum an Produktionsmitteln, verbunden mit der staatlichen Planung und dem Außenhandelsmonopol die Voraussetzung ihrer Existenz. Beide bürokratischen Kasten führen auf der Grundlage sozialer Errungenschaften des degenerierten bzw. deformierten Arbeiterstaates eine privilegierte Schmarotzerexistenz; beide bürokratischen Kasten halten ihre politische Herrschaft über Proletariat und Bauernschaft aufrecht. Beide gilt es, unter der Führung bolschewistischer Parteien als Sektionen der wiederzuschaffenden Vierten Internationale, durch eine politische Revolution zu stürzen.

VS und GIM: „Schafft zwei, drei, viele deformierte Arbeiterstaaten! Für die volle Macht der stalinistischen Bürokratenkaste über das politisch expropriierte Proletariat!"

Wer nun glaubt, die Maoismus-Position der GIM sei ein „Ausrutscher" in den ansonsten doch ganz „vernünftigen" GIM/VS-Analysen, der irrt. *Vietnam* und *Kuba* sind weitere Beispiele ihrer Kapitulation vor dem Stalinismus. Glaubte man den Artikel-Schreibern von *was tun* und *Inprekorr,* dann ist in Vietnam ein gesunder, „revolutionärer" Arbeiterstaat entstanden. Daß die vietnamesischen Stalinisten sich bemüht haben, unter allen Umständen eine Regierung der Klassenkollaboration, ein Volksfrontregime zu errichten (was ihnen genausowenig wie den Chinesen in den 40er Jahren gelungen ist, denn die Bourgeoisie floh in die USA, den Hort des Weltimperialismus), schert die Genossen dann auch wenig. Kurz vor dem Pariser Vietnamabkommen wurde 1972 Kritik an den vietnamesischen Stalinisten als „sektiererisch" diffamiert. In der *VS-Inprekorr* Nr. 20 heißt es: „In diesem ungleichen Kampf (Anm.: gegen den U.S.-Imperialismus) können die Vietnamesen nicht stellvertretend für das Weltproletariat den Weltimperialismus vernichten." Stalinisten könnten einen solch demagogischen Angriff gegen das trotzkistische Programm der proletarischen Klassenunabhängigkeit und der prinzipiellen Unversöhnlichkeit gegenüber der Bourgeoisie nicht besser formulieren. „Die vietnamesischen Revolutionäre scheinen jetzt vor der Erreichung ihres Zieles zu stehen, und es wäre blinder Schreibtischmarxismus und Sektiererei, wollte man sie wegen ihrer Haltung des Verrats an den Prinzipien des Marxismus anklagen" (ebd.)! Tiefer kann man nicht sinken! Die ganze tragische Geschichte der Niederlagen vor dem April 1975 ans Tageslicht zu bringen, ist dann nur noch eine Angelegenheit für „engstirnige Dogmatiker". Die Ermordung hunderter trotzkistischer Genossen in Saigon 1945 als *einen* Beweis für den stalinistischen Charakter der vietnamesischen Führung anführen zu wollen, bringen nur noch die „Moralisten" der TLD und der internationalen Spartacist Tendenz fertig, die ständig „Vergangenes" hervorkramen und auf Geschichte und Orthodoxie 'rumreiten. Erst als nach den Angriffen Berliner Maostalinisten auf die Veranstaltung der GIM der KSV höhnisch die Liquidierung der „trotzkistischen Elemente" in Vietnam mit einem Hinweis auf deren „konterrevolutionäre" Funktion rechtfertigte, fühlte sich die GIM bemüßigt, die vietnamesischen Genossen zu verteidigen *(was tun*-Extra, 26. November 1975). Gleichzeitig wehrte sie empört den Vorwurf ab, jemals die „absurde Forderung: ‚Zerschlagt die FNL' erhoben" zu haben (ebd.). Doch es geht um die politische Zerschlagung der Stalinisten als politische Expropriateure der vietnamesischen Arbeiter und Bauern. Die GIM weiß es besser: „wir sind vielmehr der Ansicht, *daß gerade die revolutionäre Praxis der FNL* diese Überzeugung (Anm.: der permanenten Revolution) voll und ganz bestätigt" (ebd. — Hervorhebung von uns). Auch für Vietnam also gilt die VS-Theorie von den „unbewußten Trotzkisten": „.. .die vietnamesische Führung als ganze hat die entscheidenden Implikationen der permanenten Revolution für koloniale und semikoloniale Länder assimiliert" (Pierre Rousset: *Le parti communiste vietnamien,* Paris 1973, S. 98). Die Probleme der revolutionären Strategie reduzieren sich für die vietnamesischen Genossen dann nur noch auf Formulierungsschwierigkeiten: „sie haben, ohne dies klar formuliert zu haben, durch den Ablauf ihrer Revolution die Richtigkeit der Theorie der permanenten Revolution bestätigt" *(Was tun* Nr. 77). Selbstredend fällt die trotzkistische Forderung nach einer politischen Revolution wieder einmal unter den Tisch. „Seine Halbheit verbirgt der Zentrist oft mit Hinweisen auf die Gefahr des ‚Sektierertums\ wobei er unter Sektierertum nicht abstrakt-propagandistische Passivität (im Geiste der Bordigisten), sondern die aktive Sorge um prinzipielle Sauberkeit und Klarheit der Einstellung, um politische Folgerichtigkeit und organisatorische Geformtheit versteht" (Trotzki, „Der Zentrismus und die IV. Internationale").

Fidel Castro: Erst seit neuestem nicht mehr „unbewußter Trotzkist"

Auch die Kuba-Frage macht den zentristischen Charakter des Vereinigten Sekretariats (seiner Mehrheit) deutlich. Bis vor kurzem galt das fidelistische Kuba als ein *gesunder* Arbeiterstaat. Im September letzten Jahres erfuhr nun der überraschte Leser der *Inter**Continental** Press* (einem Organ



Mao und Sukarno.

der amerikanischen SWP) aus einem Dokument von Pierre Frank, Livio Maitan und Ernest Mandel aus dem öffentlich ausgetragenen Fraktionskampf zwischen der zentristischen Mehrheit und der reformistischen Minderheit des Vereinigten Sekretariats dieser Pseudo-Internationale, daß es sich u.a. bei der kubanischen Revolution um eine „deformed populär social revolution" gehandelt habe! Wie diese Wendung um 180° plötzlich zustande kam und warum die alte Position falsch ist, wird nicht erklärt. Doch erinnern wir uns, was die jahrelang vom VS vertretene Position besagte: Die kubanische Revolution wurde vom Pabloismus als Beleg für seine revisionistische These interpretiert, daß die „Kolonialrevolution objektiv die treibende Kraft der Weltrevolution geworden" sei. Die programmatische Kapitulation vor dem Fidelismus bedeutete das offene Bekenntnis, mit zentralen strategischen Positionen des Kommunismus zu brechen (z.B. die Hegemonie des Proletariats in der Revolution, die Notwendigkeit der bolschewistischen Partei): „Die Neubewertung der revolutionären Möglichkeiten des Bauernkrieges im Lichte der Erfahrungen von China, Algerien, Kuba u.a. ist eine Pflicht für jede Führung ..."! Von hier gibt es dann eine stets klar erkennbare Linie der guevaristischen Abweichung der Mandel & Co. (d.h. der heutigen internationalen Mehrheit des VS), auch wenn sie nicht immer so offen ausgedrückt wurde, wie in bestimmten historischen Situationen. Doch die Hochstilisierung der Castros zu „unbewußten Trotzkisten" sollte nicht in Vergessenheit geraten, um gegenüber dem künftigen Verrat der Mandel & Co. gewappnet zu sein. 1962 ließ sich Mandel vernehmen: „Es ist absolut falsch, die Gruppe Fidel Castros als eine kleinbürgerliche[4] Gruppe zu bezeichnen... In Wirklichkeit waren Castro und Guevara von Beginn (!) Marxisten, die auf empirische Weise (!) die Theorie der permanenten Revolution angewandt haben"!! Mandel & Co. wollten aber nicht nur Zeugen einer zunehmenden Bedeutung der neuen fidelistischen Strömung in der internationalen Bewegung sein, sie trachteten vielmehr danach, sich in diese „neue Avantgarde" der Weltrevolution zu integrieren. Zwar gelang eine solche angestrebte Verschmelzung nicht, doch programmatisch hatte der Pabloismus längst jeden Zweifel beseitigt, daß noch ernste Differenzen zwischen ihm und dem Fidelismus bestehen könnten. Der siegreiche Fidelismus in Kuba wurde als revolutionäre Bastion der Weltrevolution gefeiert; die objektive Logik habe die Castro-Führung zur Anpassung an eine revolutionäre Strategie (zumindest für Lateinamerika) und zur Schaffung eines revolutionären Arbeiterstaates gebracht - ohne Hegemonie des Proletariats, ohne bolschewistische Partei!! So feierte der 9. Weltkongreß des Vereinigten Sekretariats den Fidelismus:

> „Die grundlegende Dynamik der lateinamerikanischen Revolution ist die der permanenten Revolution in dem Sinne, daß die Revolution notgedrungen (!) ihre Zwischenstufen und ohne aufeinanderfolgende Zwischenlösungen zur sozialistischen Revolution wird ... In dieser Phase des Klassenkampfes ist die Perspektive der permanenten Revolution nicht nur eine historische Tendenz, sondern eine Realität. Denn es gibt im Rahmen einer außerordentlich revolutionären Weltlage bereits einen Arbeiterstaat in Lateinamerika, der auf die breiten Massen beständig einen mächtigen objektiven Anreiz ausübt und sie zum Kampf gegen das kapitalistische System drängt... Das Zeitalter der permanenten Revolution hat in Lateinamerika in direkter und unmittelbarer Weise begonnen. Die Tatsache, daß diese Auffassung von der Führung der ersten sozialistischen lateinamerikanischen Revolution geteilt wird, stellt einen Fortschritt dar" (Lateinamerika-Resolution des 9.WK, in *Die Internationale,* Nr. 1/70, S.42 f.)

In der „Politischen Resolution des X. Weltkongresses der IV. Internationale" vom Jahre 1974 hatte es in Fortsetzung der Linie vom 9. Weltkongreß geheißen, daß bis Anfang/Mitte der 70er Jahre es den kubanischen Führern gelungen war, auch hier „trotz aller Beschränktheit... die *Dynamik der permanenten Revolution in Lateinamerika* zu erfassen" (Hervorhebung im Original).

In einem Bericht (mit 13.9.75 datiert) über die Konferenz der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas in Havanna versucht die *VS-Inprekorr* Nr. 46 noch einmal, nachträglich die VS-Position über Kuba zu rechtfertigen. Diese Konferenz sei bemerkenswert, weil es erst dort gelungen sei, die lateinamerikanischen KPen „gleichzuschalten". Erst auf dieser Konferenz habe die kubanische KP „eine Wende um 180 Grad vollzogen und alles, was sie während

der ersten zehn Jahre der lateinamerikanischen Revolution getan hat, zu Grabe getragen"!! Früher hatte die kubanische KP angeblich die Orientierung, „die Revolution in allen Ländern voranzutreiben"! „Ein großer Teil der kubanischen Führung war sich darüber im klaren — wenn auch rein empirisch." Die pabloistische Ehre wird gerettet. Die „Dritte Welt "-Avantgardisten werden besänftigt —einst war Castro doch ein „unbewußter Trotzkist". Inzwischen dürfte es aber den VS-Impressionisten entschieden zu schwer fallen, in Castros Kuba Elemente eines originären Arbeiterstaates ausfindig zu machen. Hinzu kommt, daß die zentristische VS-Mehrheit es nötig hat, sich in den fraktionellen Auseinandersetzungen im VS angesichts einer bevorstehenden Spaltung dieser vorgeblichen „IV. Internationale" nach links zu profilieren. Also wird man bald dazu übergehen, die den geschichts-losen Impressionisten entsprechende Vorgehensweise zu praktizieren: Nachträglich festzustellen, daß von Anfang an alles anders war („deformierte soziale Volksrevolution") —und zu verschweigen, welche Analysen man früher vertreten hatte.

Was ist Pabloismus?

Es ist mit aller Klarheit in der Analyse des VS-Impressionismus herauszustellen, daß es sich nicht um eine mehr zufällige Aneinanderreihung von unbedeutenden Kapitulationen vor dem Stalinismus handelt, vielmehr haben wir es mit einem systematischen Muster von Abweichungen zu tun, d.h. mit einem eindeutig bestimmbaren *Revisionismus.* Und diesen Revisionismus, der Mandel & Co. charakterisiert, nennen wir orthodoxe Marxisten *Pabloismus.* Warum?



Ergebnis des „Blocks der vier Klassen" in Indonesien: linke Arbeiter zur Exekution in einem Massengrab.

Grundlage der Kapitulationspolitik des VS gegenüber dem Stalinismus ist eine politische Linie, die sich Anfang der 50er Jahre in der Vierten Internationale durchgesetzt hat und deren Wortführer Michel Pablo, Sekretär des damaligen Sekretariats der Internationale, war. Auch wenn heute die Frank, Maitan, Mandel & Co. ihren Lehrmeister totzuschweigen suchen, sie stehen in seiner Tradition des revisionistischen Verrats an der Vierten Internationale (ausführlicher siehe: „Ursprünge des Pabloismus", in *Spartacist.* Deutsche Ausgabe Nr. 3, März 1975).

Eine der Grundthesen des Pabloismus besagt, daß sich die objektive Welt von heute gegenüber Trotzkis Zeiten verändert hat — und mit ihr der Stalinismus. Die stets völlig neuen Bedingungen haben dann zur Konsequenz, daß die „reinen Formen und Methoden" des Bolschewismus weiterentwickelt, d.h. *revidiert,* werden müssen. Unter bestimmten Bedingungen hören die traditionellen Kommunistischen Parteien auf, stalinistisch zu sein; aus dem Stalinismus entwickeln sich bruchlos revolutionäre Parteien; die Trotzkisten haben sich in diese objektive Entwicklung zu integrieren und den stalinistischen Parteien (gewissermaßen als neue „Linke Opposition", so auch wörtlich in Pablos Dokumenten) kritische Unterstützung zu geben. Wer dies als verleumderische Darstellung der Positionen von Pablo und seinen Jüngern Mandel & Co. empfindet, möge die Dokumente der Jahre 1951-53 studieren. Wir zitieren nur kurz aus dem Perspektivendokument des 3. Weltkongresses der Vierten Internationale (1951):

> „Wo aber auch die Kommunistischen Parteien Massenorganisationen bleiben, umfassen sie noch — besonders nach dem letzten Krieg — die revolutionärsten Sektionen der Arbeiterklasse und armen Bauern in zahlreichen europäischen und asiatischen Ländern; sie können es sich nicht erlauben, sich *unter allen Bedingungen* auf die bloßen Agenturenrolle der Übertragung und Ausführung von Befehlen der Sowjetbürokratie zu reduzieren. ... Weder in den Führungen, die an die Sowjetbürokrakratie gebunden sind, noch in ihrer Basis noch in ihren Beziehungen zur Arbeiterklasse und zu den armen Massen im allgemeinen sind die Kommunistischen Parteien im strengen Sinne reformistische Parteien ... ... soweit sie an die reale revolutionäre Bewegung der Massen gebunden sind, unterliegen sie deren Druck und dürften — *unter besonders vorteilhaften Bedingungen - über die Ziele hinausgehen, die ihnen von der Sowjetbürokratie gesetzt sind, und eine revolutionäre Orientierung projektieren...*
> Während mächtiger revolutionärer Aufschwünge der Massen ... ist es nicht ausgeschlossen, daß besondere Kommunistische Parteien mit der Mehrheit ihrer Kräfte aus dem Einflußbereich der Sowjetbürokratie gestoßen werden und eine revolutionäre Orientierung projektieren können. Von diesem Moment an hören sie auf, eigentliche stalinistische Parteien zu sein, bloße Instrumente der Politik der Sowjetbürokratie, und werden sich einer Differenzierung hingeben und einen autonomen politischen Kurs einschlagen."

Der Pabloismus ist unfähig, den Stalinismus als konterrevolutionäre Strömung in der Arbeiterbewegung unabhängig von der

Moskauer Kreml-Bürokratie zu erkennen. Jede Differenzierung im stalinistischen Lager führt die Pabloisten dazu, die jeweilige Anti-Moskau-Kraft „kritisch" zu unterstützen — selbst wenn die Differenzierung quantitativ nach rechts geht (wie Ende der 40er Jahre bei Tito und heute bei Carillo) und unabhängig davon, daß es stets Differenzierungen im stalinistischen Spektrum bleiben. Weder Jugoslawien noch China stellen einen qualitativen Bruch mit dem sowjetischen Stalinismus dar; sie verfolgen eine qualitativ ähnliche Innen- und Außenpolitik, sie schützen — ebenso wie die russische Sowjetbürokratie — die nationalen Interessen ihres eigenen bürokratischen Usurpatorenregimes gegen die Arbeiterklasse.

Der opportunistische Appetit des Pabloismus, stets mit den „Massen" zu sein, stets mitten im „Aufstieg der Weltrevolution" zu stecken, stets in der „realen Bewegung" zu sein, führt ihn dazu, die Aufgaben der leninistischen Vorhut an Ersatzavantgarden zu delegieren. Die gelbe Linie des pabloistischen Verrats bezeichnet eine kontinuierliche Folge von Kapitulationen vor kleinbürgerlich-nationalistischen (z.B. arabischer „Sozialismus") und stalinistischen Kräften. Methodisch steckt hinter dem pabloistischen Impressionismus ein grenzenloser Objektivismus (siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 5, November 1974). „Wir können sagen", schreiben Pablo und Mandel 1953 — und Mandel wiederholt sich seither nur noch —, „daß die Logik der internationalen Situation, ihre Entwicklung, trotzkistisch ist ... "! Die liquidatorischen Konsequenzen eines solchen hemmungslosen Objektivismus lassen nie lange auf sich warten. Neue Avantgarden, alte Führungen — alles taucht auf. Vielfältig ist der Substitutionalismus je nach Konjunktur. Doch die Methode bleibt sich gleich: Ersatzavantgarden springen ein, um stellvertretend durch sich die Logik der Geschichte (die „Dialektik der Weltrevolution") mächtig werden zu lassen. Die Vierte Internationale wird zur bloßen Zutat, gibt dem ansonsten objektiven Prozeß den letzten Schliff. Geben wir dem einstigen Sekretär der Vierten Internationale das Wort, um das pabloistische Liquidatorentum abschließend zu dokumentieren.

> „Es ist überhaupt nicht angemessen, jederzeit die Notwendigkeit der revolutionär marxistischen Massenpartei und der Vierten Internationale zu proklamieren, um die Krise der Führung zu lösen, unter der die Menschheit leidet, und so den Triumph der Weltrevolution und des Sozialismus zu sichern." (Pablo, „Vom Dritten zum Vierten Weltkongreß", 1953)

Am Beispiel der Stellung zum Maoismus konnten wir belegen, daß Mandel, sein Vereinigtes Sekretariat und die GIM in der Tradition genau dieses Revisionismus stehen. ■

Bestellt die internationalen Organe der SPARTACIST Tendenz!

Angola

Fortsetzung von Seite 5

1946 brach Savimbi mit Roberto, indem er ihn der Ein-Mann-Herrschaft und des Tribalismus bezichtigte und auch die CIA-Verbindungen der FNLA dokumentierte. Und besonders nach 1965, als Mobutu in Leopoldville an die Macht kam, wurde Robertos Gruppe zunehmend käuflich, zunehmend abhängig von Washington und zunehmend uninteressiert am Kampf gegen die Portugiesen. Da er nun ein wohlhabender Geschäftsmann in Kinshasa war, wurde er zum antikommunistischen Demagogen von der Art, daß der Geist von Joseph McCarthy und von J. Edgar Hoover heraufbeschworen wurde. „Volksmacht führt zur Diktatur des Volkes, und die Bevölkerung in Angola ist christlich und lehnt den Kommunismus entschieden ab", hörte man ihn sprechen *(African Research Bulletin,* 15. Mai 1975).

Die links-nationalistische MPLA und ihre internationalen Verfechter versuchen allgemein Roberto im Lichte einer Washingtoner Marionette erscheinen zu lassen und so zu tun, als hätte er keine Massenbasis. In Wirklichkeit besteht kein Zweifel über die Unterstützung ihrer traditionellen Führer durch die Bakongo-Bauern. Als Luis Almeida, der MPLA-Chef für das Informationswesen, verkündete daß seine Bewegung sich auf einen „acht Monate dauernden Krieg" gegen „Separatisten vom Biafra-Typ" *(Manchester Guardian Weekly,* 4. Oktober 1975) vorbereitet, bedeutete das gleichzeitig einen Aufruf zum Stammesgenozid an der Bevölkerung Nord-Angolas — einen Vernichtungskrieg.

Die Stammeszugehörigkeit der drei konkurrierenden nationalistischen Gruppen - die FNLA mit den Bakongo, die MPLA mit den Mbundu und die UNITA mit den Ovimbun-du — bringt die Bedrohung mit einem massiven, sogar völkermordartigen Stammeskonflikt in Angola. Marxisten sehen natürlich keine nationale Berechtigung für die Kolonialstaatsgrenzen in Afrika und keinen historisch fortschrittlichen Charakter in ihrer Aufrechterhaltung; auf der anderen Seite unterstützen wir auch nicht die weitere Balkanisierung Afrikas entlang den Stammesgrenzen. Aber in diesem Zusammenhang ist es wesentlich zu betonen, daß nationalistische pan-afrikanistische Losungen oder sogar „sozialistische" Losungen nicht zugelassen werden dürfen, nur um die Unterdrückung nationaler und Stammesminderheiten zu rechtfertigen. Als Pan-Afrikanisten die Sezession von Biafra als eine Bedrohung der nigerianischen Nation ansahen, unterstützten wir den Kampf der Ibos gegen den Genozid-Angriff und gaben deshalb militärische Unterstützung an Biafra in seinem Unabhängigkeitskrieg. *In der rückständigeren Situation Angolas würde ein revolutionärer Arbeiterstaat im südlichen Afrika den Hauptstämmen ebenso regionale Autonomie gewähren, wie es die Sowjets in den Stammesgebieten Sibiriens taten.*

Die Liberalen drohen mit dem Finger

Der amerikanische Senat hat sich mit 55 gegen 22 Stimmen für die Einstellung der Unterstützung angolanischer Bürgerkriegsparteien ausgesprochen und die militärischen Kredite gesperrt. Präsident Ford bezeichnete diesen Beschluß als „eine tiefe Tragödie für alle Länder, deren Sicherheit von den Vereinigten Staaten abhängt". Die Angola-„Hilfe" wird jedoch über Umwege fortgesetzt. Geld wird über andere Kanäle eingeschleust, und Söldner werden weiter angeworben, wenn auch nicht regierungsoffiziell. Sanktionen gegen die Sowjetunion werden angedroht. Doch ist auch eine Einigung zwischen den USA und der UdSSR denkbar - auf dem Rücken der angolanischen Bevölkerung. Mehrmals hat die Sowjetunion angedeutet, daß sie auch dem Status quo zuliebe gegen jede „äußere Einmischung" in Angola sein könnte.

Aufschlußreicher als das Ritual skrupelhafter liberaler Kritik ist die Information, daß Nathaniel Davis im August als Zweiter Sekretär für Afrikanische Angelegenheiten im US-Außenministerium zurücktrat, um gegen die Billigung von Henry Kissingers Befürwortung der CIA-Intervention durch die Administration zu protestieren. Derselbe Davis war Botschafter der USA in Chile von 1971 bis 73, d.h. zu einer Zeit, als die CIA Dollars und Ratschläge an die rechten Generäle austeilte, um das Gemetzel gegen das Proletariat vorzubereiten. Seine Opposition zur Kissinger-Linie in Angola rührt nicht von irgendwelchen Gewissensbissen hinsichtlich heimlicher Operationen oder von neuerdings aufgetretenen humanitären Impulsen her. Nach einer Quelle des State Department:

> „Davis sagte ihnen, daß es nicht funktionieren würde. Weder Savimbi (Kopf der UNITA) noch Roberto (Kopf der FNLA) sind gute Kämpfer - tatsächlich könnten sie sich ihren Weg aus einer Obsttüte heraus nicht freikämpfen. Es ist die falsche Karte, und die Spieler auf unserer Seite sind die Verlierer" *(New York Times,* 14. Dezember 1975).

Davis ist sich bestimmt bewußt, daß nicht nur die rechten nationalistischen Gruppen, sondern auch die links-nationalistische MPLA zu kaufen ist, wenn nur der Preis stimmt. Mit schon einigen niedergeschlagenen Streiks auf ihrem Konto steht die MPLA einer unabhängigen Organisierung der Arbeiterklasse nicht weniger leidenschaftlich feindlich gegenüber als ihre Gegner FNLA und UNITA - oder ihre Freunde in den kleinbürgerlich-nationalistischen Parteien, die nun in Guinea-Bissau und Mocambique an der Macht sind und mit denen kürzlich die USA diplomatische Beziehungen aufzunehmen übereingekommen sind.

Die Liberalen in den USA behaupten, sie hätten die Lektion aus der Geschichte gelernt, wenn sie das Angola von heute mit den frühen Tagen der US-Intervention in Vietnam vergleichen. „Die Schatten von Vietnam erscheinen schon wieder", sagt Frank Church *(New York Post,* 16. Dezember 1975). Die Liberalen fürchten vor allem, daß Angola ein ebenso vergebliches und teures Abenteuer wie Vietnam

wird. Es gibt gewisse oberflächliche Ähnlichkeiten, nämlich das militärisch-politische Vakuum, das durch den Abzug einer Kolonialmacht entstand, und die Gegenwart von durch die Sowjetunion unterstützten Truppen, aber da hört die Analogie auch schon auf.

Anders als in Vietnam, wo trotz der stalinistischen Volksfront-Politik die Arbeiter- und Bauernmassen angetreten waren gegen die Kräfte des Imperialismus und einer zerbrechlichen, aber wirklichen einheimischen Bourgeoisie, wird in Angola die Niederschlagung der imperialistisch-geführten Truppen nicht zum Ende kapitalistischer Herrschaft führen. Auch besteht da nicht die Frage nacheinander „fallender Dominosteine", denn das südafrikanische Regime weißer Vorherrschaft ist ungleich machtvoller als die Nachbarn Indochinas. Darüber hinaus würde im begrenzten angolanischen Drama und mit der Präsenz südafrikanischer Truppen eine direkte massive US-Militär-Intervention einen absurden „Overkill" darstellen und wird nicht einmal von den Anti-Moskauer Falken in Erwägung gezogen.

In Vietnam gaben die USA Hunderte von Milliarden aus und verloren; in Angola genügen CIA-Gelder von nur 50 Millionen Dollar, um einen größeren militärischen Zusammenstoß hervorzurufen. Jene, die wie Senator John Tunney Gegner von Geldern an Angola „für alles außer Nachrichten-Sammeln" sind, engagieren sich nur in einer zynischen Tarnoperation. Revolutionäre sind auch gegen eine „neue Vietnam-Intervention", aber nicht wie die Liberalen, weil Angola eine „schlechte Investition" für den amerikanischen Imperialismus ist (im Gegensatz zum Nahen Osten, wo die Vietnam-„Tauben" zu Israel-„Falken" werden). Wir fordern vielmehr, daß die USA aus Angola verschwinden — und rufen zur Vernichtung der von den USA und Südafrika geführten Truppen auf — weil wir den Imperialismus zertrümmern und nicht seine Politik modifizieren wollen.

Maoisten in Bedrängnis

Auch andere Kräfte als die Imperialisten haben den rechten Nationalisten in ihrem Bestreben, Luanda „einzuebnen" und „jeden einzelnen Kommunisten zu töten", geholfen. Die maoistische Bürokratie in China lieferte Militärberater an die FNLA-Truppen in Zaire und tritt an die Seite Kissingers mit der Denunziation russischer „Einmischung" und „Expansionspolitik" in Angola.

Auf einer Pressekonferenz in New York am 24. Oktober charakterisierte MPLA-Sprecher Saydi Mingas zutreffend den Verrat in der Position Chinas:

> „Die Chinesen gebrauchen den Begriff Supermächte', womit sie, wie ich es verstehe, die USA und die Sowjetunion meinen. Sie sagen, sie wären gegen beide. Aber die Chinesen arbeiten mit den Amerikanern und mit der amerikanischen Central Intelligence Agency (CIA) zusammen. Ich nehme an, daß hierin das liegt, was die Chinesen den ‚Kampf gegen den Sozialimperialismus' oder sowas ähnliches nennen."

Wie gemeldet stand Angola auf der Tagesordnung für Fords Gespräche mit führenden Chinesen bei seiner letzten Peking-Reise. Auch die USA hätten ein „gemeinsames Interesse, ... jeder Ausweitung des sowjetischen Einflusses in Westeuropa, Angola und im Pazifik entgegenzutreten", wie die *New York Times* am 5. Dezember meldete.

Chinas Block mit Südafrika und der CIA verursacht besonders den maoistischen Gruppen in den USA erhebliche Probleme. So schreibt der maoistische *Guardian* vom 26. November 1975:

> „Der Guardian respektiert die Position von Volkschina hierüber, stimmt aber nicht mit ihr überein. China besteht darauf, daß die einzige Lösung der angolanischen Krise darin zu suchen ist, daß die drei Seiten sich in einer gemeinsamen Regierung vereinigen, wie sie die OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) fordert."

Wenn der *Guardian* ehrlich wäre, würde er bemerken, daß Henry Kissinger auf einer Pressekonferenz am 25. November in Detroit genau den gleichen Ton anschlug, um die nackte imperialistische Aggression zu bemänteln. Es ist die niederträchtige Achse Washington-Pretoria-Peking, die der *Guardian* verteidigt.

Diese kleinmütigen ehemaligen Mao-Gefolgsleute sind nicht die einzigen, die Chinas konterrevolutionäre Politik „respektieren". Die Presse im weiß-beherrschten Südafrika ist zunehmend interessiert an den sich eröffnenden Möglichkeiten einer Allianz mit China. Die *Rand Daily Mail* schrieb, daß es „grundsätzlich keinen Grund gibt, weshalb wir nicht mit den Chinesen sprechen könnten. Ein Pretoria-Peking-Dialog wäre sehr segensreich für Südafrika." Sie bemerkte „Enthusiasmus" für einen solchen Vorschlag in Kreisen der regierenden Nationalisten-Partei (zitiert in *der Daily World* vom 5. Dezember).

Deutsche Maoisten geben sich mit Ausnahme des KB kriecherisch loyal gegenüber der VR China. Der KB erblickt in der Angolafrage einen erneuten Anstoß, an der revolutionären Politik der VR China zu zweifeln und gibt der MPLA *bedingungslose politische Unterstützung*. Sowohl KPD und KPD/ML wie auch KBW erklären mit Unschuldsmiene, daß in Angola doch alle Befreiungsbewegungen zusammenarbeiten könnten und auch wollten, wenn nicht die beiden Supermächte bösartig intrigieren würden. In Übereinstimmung mit der Botschaft Mao Tse-tungs zitieren sie Idi Amin und dessen scheinbar neutrale Haltung gegenüber allen Einmischungen von außen. Der Verrat der KPD spricht für sich:

> „Ich aber stelle mir die Frage, welches Land Afrikas



Zur militärischen Sicherung ökonomischer Interessen: Südafrikanische Truppenstellung am Ruacana-Projekt in Angola.

befindet sich in diesem historischen Moment in der Etappe des Aufbaus des Sozialismus? Meine Antwort ist: kein einziges. Tatsächlich sind alle afrikanischen Länder noch immer in den Spinnweben des Neokolonialismus gefangen, und nur einige versuchen heute, sich vom Imperialismus zu lösen, so daß alle tatsächlich sich in der Etappe der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit befinden. Ich bin sicher, daß viele unter uns ihre Sympathien auf **Seiten** der MPLA haben. Die gegenwärtige Lage ist jedoch so verwirrend, daß wir uns anstrengen müssen, um die Lage besser zu verstehen, damit wir uns nicht an der Seite der Kräfte sehen, die wir bekämpfen und die gegen die Einheit Angolas arbeiten, oder damit wir den Fortschritt in Richtung Einheit und echte Unabhängigkeit des Volkes von Angola nicht behindern. Die Einheit der drei Befreiungsbewegungen ist es, für die wir uns am stärksten einsetzen müssen" (*Rote Fahne* 6. Jg., Nr. 46, 19. November 1975).

Was die KPD hier als „Einheit der drei Befreiungsbewegungen" und „echte" Unabhängigkeit anpreist, ist nichts anderes als eine Unabhängigkeit von Pretorias und Washingtons Gnaden!

Was die Maoisten anstreben, ist die illusorische Etappe eines einheitlichen demokratischen Nationalstaates, der zudem dem „Sozialismus" der VR China außenpolitisch dient. Die Erkämpfung der Staatsmacht in Südafrika durch die Arbeiterklasse, d.h. der reale Kampf für die angolanischen Massen zur Befreiung von Elend und Ausbeutung, Rückständigkeit und Unterdrückung, wird von den Maoisten nicht als Perspektive anerkannt.

Unlängst teilte Peking mit, daß die 200 Militärberater für die FNLA abgezogen und chinesische Militärhilfe für FNLA und UNITA eingestellt wurden. Es gibt keinen Grund, diesem Bericht nicht zu glauben; denn die USA sind jetzt in viel größerem Maßstab in die Bresche gesprungen. Aber CIA-Hilfe an die FNLA war immer schon bekannt seit den frühen 60er Jahren, und der Antikommunismus des FNLA-Chefs Roberto war niemals ein Geheimnis. Mit der Logik von der proletarischen Weltrevolution unwiderruflich feindlichen Bürokraten haben die chinesischen Führer sich immer als willens erwiesen, dem Imperialismus die Stiefel zu küssen, wenn **es** ihnen gegen ihre Rivalen im Kreml hilft.

Revolutionäre müssen entschieden politisch brechen sowohl mit der Moskauer wie auch mit der Pekinger Spielart stalinistischer Klassenkollaboration wie auch mit ihren jeweiligen kleinbürgerlich-nationalistischen Bündnispartnern.

Wie der Spartacusbund unter dem Deckmantel der militärischen Unterstützung politisch der MPLA nachhinkt

Der Spartacusbund übertrifft sich selbst. Während er noch vor nicht allzu langer Zeit in Portugalflugblättern alle Macht für die MPLA forderte und in Berlin seine Portugalveranstaltung mit Plakaten schmückte, die die MPLA als revolutionäre Kraft bezeichneten, hat er sich jetzt an die leninistische Tradition der militärischen Unterstützung erinnert — allerdings dabei diese Taktik überhaupt nicht verstanden.

> „Wir müssen die MPLA militärisch unterstützen gegen den weißen Terror von FNLA und UNITA. Nur so können die in der MPLA angelegten Widersprüche jemals aufbrechen, nur so kann ein Mindestmaß an Bewegungsfreiheit für die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Bauern aufrechterhalten werden" (*Spartacus* Nr. 22, November 1975).

Was diese „Widersprüche" sind, wird impressionistisch beschrieben. In der MPLA gehe die Mitgliedschaft von „reinen Marxisten-Leninisten (Trotzkisten? ? d. Verf.) bis zu Konservativen". Die MPLA „radikalisiere" sich durch den Druck der Massen! Die Rolle der MPLA könne positiv sein: „Man sieht also, daß die MPLA nur in dem Maße eine fortschrittliche Rolle spielte, in dem sie sich auf die Arbeiter, armen Bauern und Bewohner der Slums stützen mußte."!!

Der Spartacusbund gibt also in seiner **Zentrist**ischen Leichtfertigkeit der MPLA eine letztlich unbegrenzt militärische Unterstützung. Das heißt, daß er trotz einiger korrekter Kritikpunkte am MPLA-Programm deren vollen Sieg in ganz Angola (über den „weißen Terror" der FNLA und UNITA) will. Da die MPLA eine nationalistische Organisation ist, wird sie das Recht der Bakongostämme auf Selbstbestimmung brutal mit Füßen treten. Der Spartacusbund unterstützt somit letztlich Völkermord. Zudem wird, wie wir schon oben sagten, auch die MPLA keine unabhängige Arbeiteropposition dulden. Als Warnung an den Spartacusbund und ähnliche Zentristen fassen wir noch einmal unsere leninistische Position zur nationalen und kolonialen Frage zusammen: **Marxisten sind kompromißlose Feinde des Kolonialismus, und deshalb würden wir, ohne unseren Kampf gegen den bürgerlichen**

Nationalismus einzuschränken, jeder der Gruppen, die für die Unabhängigkeit eintreten, militärische Unterstützung gegen die imperialistischen Kräfte geben — und zwar unabhängig davon, wo diese Gruppen ihre Waffen herbekommen! In einem Machtkampf zwischen rechten und Unken Nationalisten jedoch ist die Arbeiterklasse nicht verpflichtet, die „fortschrittlich" ehrgeizigen Ausbeuter zu unterstützen, obgleich es Anlässe für militärische Blöcke mit den letzteren gegen die Ultrareaktionäre geben kann. Wenn jedoch der Machtkampf zwischen rivalisierenden nationalistischen Kräften imperialistischen Interessen untergeordnet wird, können Kommunisten der Seite, die imperialistische Interessen verfolgt, grundsätzlich keine militärische Unterstützung geben.

So gab die Vierte Internationale Äthiopien militärische Unterstützung gegen die italienische Aggression. Als aber im II. Weltkrieg die britische Besetzung Äthiopiens den antikolonialen Kampf in ein bloßes Vorspiel für den innerimperialistischen Krieg verwandelte, zog die Vierte Internationale korrekterweise ihre militärische Unterstützung zurück. Gleichfalls haben Marxisten den bengalischen Unabhängigkeitskampf Anfang und Mitte des Jahres 1971 unterstützt. Als aber Indien die Guerillas kontrollierte, selbst intervenierte, den Konflikt zu einem indisch-pakistanischen Krieg führte und die Awami Liga vollkommen der indischen Armee unterordnete, konnte Bangla Desh nicht länger von Kommunisten militärisch unterstützt werden.

Fassen wir zusammen: Im angolanischen Machtkampf gab es keine qualitativen Differenzen zwischen den konkurrierenden bürgerlichen Nationalisten. Marxisten konnten sich auf keine der Seiten stellen. Mit dem Eintritt der USA und Südafrikas in den Kampf wurde die FNLA/UNITA-Koalition dem Imperialismus untergeordnet. Es wurde notwendig, gegen den Versuch, ein imperialistisches Marionettenregime zu errichten, der von der Sowjetunion unterstützten MPLA militärische Unterstützung zu geben. Es war notwendig, der MPLA militärische Unterstützung zu geben, um die aufkeimende Blüte des Proletariats in Luanda zu schützen.

Aber eine militärische Unterstützung ist kein Freibrief für die MPLA. Militärische Unterstützung für die MPLA gegen die imperialistisch geführte Koalition ist eine notwendige Taktik im Zusammenhang unseres fundamentalen strategischen Ziels: des Kampfes für den Aufbau einer unabhängigen trotzkistischen Arbeiterklassenpartei. Marxisten kämpfen kompromißlos gegen Kolonialherrschaft und unterstützen das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung. Aber wir geben der antiproletarischen Ideologie des Nationalismus keinerlei Unterstützung. Nationale Unterdrückung in der Epoche des niedergehenden Imperialismus kann nicht ohne den Sturz des Kapitalismus beseitigt werden, der die den nationalen Kriegen zugrundeliegenden Elendszustände und ausbeuterischen Produktionsverhältnisse aufrechterhält.

Nur die Machtergreifung des Proletariats, unterstützt von der Bauernschaft, kann die afrikanischen Massen der Herrschaft des Imperialismus entreißen. Der Schlüssel, um dem Kapitalismus im südlichen Afrika das Rückgrat zu brechen, ist auf jeden Fall der revolutionäre Sieg des Industrie- und Bergbauproletariats Südafrikas unter der Führung einer leninistischen Avantgardepartei, die den Imperialismus und seine Lakaien mit Hilfe eines internationalistischen Programms bekämpft. ■

Index zu den Jahrgängen 1974 und 1975 der deutschsprachigen Periodika der internationalen Spartacist Tendenz

Abkürzungen:
dSp *Spartacist. Deutsche Ausgabe.Hisg.* vom Interimssekretariat der iST
Bull *Bulletin der Bolschewiki-Leninisten.* Hrsg. von den Österreichischen Bolschewiki-Leninisten *KK* *Kommunistische Korrespondenz.* Hrsg. von der Trotzkistischen Liga Deutschlands *E* *Extra-Blatt der Kommunistischen Korrespondenz.*

Internationale Spartacist Tendenz

Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale! *dSp* 1
Erklärung von Spartacist an die 3. Konferenz des IK *dSp* 1
Grundsatzerklärung der Spartacist League/U.S. *dSp 2*
Das Programm der Frauenkommission der SL/U.S. *KK 2*
Bericht über eine internationale Spartacist-Konferenz *dSp 2*
Deklaration der SL/U.S. und der ÖBL zur gemeinsamen Arbeit in Deutschland *KK* 3
Europäisches Sommerlager 1974 *dSp 2*
Erklärung für die Organisierung einer internationalen trotzkistischen Tendenz *dSp 2*
TLD gegründet *KK 5*
Die iST und der Wiederaufbau der Vierten Internationale *Bull* 4
Kommunique zum europäischen Sommerlager der iST (1975) *KK* 10

Vorgeblich revolutionäre Organisationen

KBW

Nicht Volksentscheid, sondern Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den § 218! *K K 9* Der KBW und der Kampf gegen den § 218 (Flugblatt des Organisationskomitees Köln der TLD) *KK 9*
Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Köln *KK* 10

Kompaß (ex-KJO-Gruppe; jetzt im Sozialistischen Büro)

Ein Kompali ohne Orientierung KK 3

MAK (ex-KJO-Gruppe; jetzt in der GIM)

Revolutionäre Umgruppierung und kämpfende Propagandagruppe *KK* 10

OCI/OCRFI (Lambertisten)

Ursprünge des Pabloismus *dSp* 3
Brief an die französische OCI und das Internationale Organisationskomitee *dSp* 1

Spartacusbund (incl. Vorläufer KJO und BL)

Brief an die IKD und Spartacus/BL *dSp* 1
Grüße des Gen. Robertson an Spartacus/BL *dSp* 1
Brief einer Berliner Genossin über die Chile-Solidaritätsdemonstration am 3.11.1975 *KK* 1
Sozialchauvinisten im Trotzkipelz *KK* 1
Ein Vater der (Kon)Fusion *KK* 1
SL-Grußbotschaft zur Gründung des Spartacusbundes *KK* 10
Erklärung der auf der Gründungskonferenz des Spartacusbundes anwesenden Delegierten der ÖBL und der SL/U.S. *KK* 1
Statt revolutionärer Politik: Ein verrotteter Block *E* 1.5.74
Eine Berichtigung und eine Bestätigung - der Spartacusbund zur Frauen frage
Der Zentrismus der Spartacusbundes *KK* 4
„Chile-Solidarität": Minivolksfrontcn oder revolutionäre Politik
SPD, „linke" Wahlpolitik und Kommunismus *KK* 6
Der Spartacusbund und die Sozialdemokratie *KK 1*
Differenzierung im zentristischen Spartacusbund: Ausschluß der Trotzkistischen Fraktion
Der „Internationalismus" des Spartacusbundes *KK 9*
Revolutionäre Umgruppierung gegen zentristische Haltlosigkeit *KK* 11
(Die Ausgaben 4 und 11 der *KK* sind Sonderausgaben zum Spartacusbund)

„Vereinigtes Sekretariat" der Vierten Internationale (incl. Sektionen)

Ursprünge des Pabloismus *dSp* 3
Der Kampf innerhalb des VS: Reformistische Gelüste gegen Guerilla-orientierten Zentrismus *dSp* 1
Kritische Geschichte der Ligue Communiste *dSp* 3
Der Weltkongreß des „Vereinigten Sekretariats" oder: Einheit am seidenen Faden *KK* 3
VS-Gruppen gegen Arbeiterdemokratie *KK* 3
Zu den Wahlen in Frankreich *KK* 3
Zur Frage der Bürokratien *Bull 2*
SWP-Säuberung: Das Ende des VS? *dSp 2*
VS-Skandal: PST auf frischer Tat ertappt *dSp 2*
Spezialnummer zum VS *Bull* 3
Europäische Impressionen des VS: Entrismus in der „neuen Massenavantgarde" *KK 5*
GIM-Kompaß und VS-Revisionismus > *KK* 5
„Chile-Solidarität": Minivolksfronten oder revolutionäre Politik *KK* 5
Pabloisten verraten Trotzkisten: Revolutionäre in Chinas Gefängnissen *KK* 8
Säuberung der französischen VS-Sektion: LCR schließt Trotzkisten aus *KK 9*
Chile: Bonapartismus oder Faschismus. Oder: Die Kapitulation der VS-„Trotzkisten" *Bull 5*
Der Opportunismus des VS gegenüber dem Maoismus *Bull 5*
Der Bolschewismus-Leninismus und die Nationalratswahlen 75 • *Bull* 6
(*KK* Nr. 5 und *Bull* Nr, 3 sind Sonderausgaben zum VS.)

WRP/IK (Healyisten)

Ursprünge des Pabloismus *dSp* 3
Erklärung von Spartacist an die 3. Konferenz des IK *dSp* 1

Staaten

Argentinien

PST auf frischer Tat ertappt: Pakt mit Peron für „Recht und Ordnung" *dSp 2*
Peron-Regime am Ende *KK* 10

BRD und Westberlin

SPD, „linke" Wahlpolitik und Kommunismus *KK* 6
Befreit die Genossen der RAF *KK* 6
Polizeiterror in Westberlin *KK* 8
Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Köln *KK* 10
RAF-Prozeß und Auflösung des Erwitter Betriebsrates: Der bürgerliche Staat baut demokratische Rechte ab *KK* 10
Kampf der Jugendarbeitslosigkeit *E* 30.10.75
siehe auch: Frauenfrage

Chile

SL/U.S.-Artikel über Chile *Bull* 1
Brief einer Berliner Genossin über die Chile-Solidaritäts-demonstration am 3.11.73 *KK* 1
Chile nach dem Putsch *dSp 2*
Chile: Eine Bilanz und ein Programm *E* Sept. 74
Chile: Bonapartismus oder Faschismus *Bull* 5
Miguel Enriquez in einem Gefecht getötet *KK* 6
siehe auch: Internationale Solidarität

China

Chinesischer Menschewismus *Bull 2*
25 Jahre VR China - 25 Jahre Stalinismus an der Macht *KK* 6
Strauss bei Mao *KK 1*
Revolutionäre in Chinas Gefängnissen *KK* 8

Frankreich

Zu den Wahlen in Frankreich *KK* 3

Indien

Verfolgung eines trotzkistischen Bauernführers in Indien *KK 9*

Indochina

Es lebe der 1. Mai! *E* 1.5.75
Kapitalismus in Pnom Penh und Saigon zerschlagen! *KK 9*

Naher Osten

Dreht die Gewehre um! *dSp* 1
Sozialchauvinismus im Trotzkipelz *KK* 1
Ein Vater der (Kon)Fusion *KK* 1
Verwandelt den Krieg zwischen Nationen in den Krieg zwischen Klassen! *KK* 1
Für einen arabisch-hebräischen Arbeiterstaat in Palästina! *KK 1*
Israelische Trotzkisten rufen zum Streik gegen den Wirtschaftsplan der Regierung auf *KK 1*
Palästinensischer Nationalismus *KK 1*

Österreich

Die unselige Dreifaltigkeit VMS/VSM/VMA *Bull* 4
Arbeiterkammer: Instrument der Klassenspaltung und Klassenkollaboration *Bull* 4
Der Bolschewismus-Leninismus und die Nationalrats-wahlen 75 *Bull* 6

Portugal

Es lebe der 1. Mai! *E* 1.5.75
Revolution oder Konterrevolution in Portugal *KK* 9
Portugal: Kein weiteres Chile mehr! Arbeiter an die Macht!
Portugal: Der Spartacusbund am Scheideweg *KK* 11

USA

Internationalismus und revolutionäre Gewerkschafts-politik in den USA *KK* 6 u. 7

Themen

Arbeiterstaaten

Zur Frage der Bürokratien *Bull* 2
Siehe auch: China

Frauenfrage

Probleme der proletarischen Frauenbewegung *KK 2*
Eine Berichtigung und eine Bestätigung *KK* 3
Bolschewismus und die Frauenfrage *Bull* 5
Nicht Volksentscheid, sondern Mobilisierung der Arbeiter-klasse gegen den § 218 *KK 9*

Gewerkschaftspolitik

Syndikalismus und Leninismus *Bull* 4
Gewerkschaftstaktik und Übergangsprogramm *dSp* 3
Trade-Unionismus oder revolutionäre Politik *KK* 4
Internationalismus und revolutionäre Gewerkschat'ts-politik in den USA *KK* 6 u. 7

Internationale Solidarität

Brief einer Berliner Genossin über die Chile-Solidaritäts-demonstration am 3.11.1973 *KK* \
„Chile-Solidarität": Minivolksfronten oder revolutionäre Politik *KK 5*
Freiheit für die Genossen des MIR! *KK* 6
Internationalismus und revolutionäre Gewerkschafts-politik in den USA *KK* 6 u. 7
Verteidigt Jagadish Jha! *KK 9*

Sozialdemokratie

Der Spartacusbund und die Sozialdemokratie *KK 1*
Der Bolschewismus-Leninismus und die Nationalrats-wahlen 75 *Bull* 6

S talinismus/M aoismus

Stalinistische Kretins bei der Wahlanalyse *KK* 8
Der Opportunismus des VS gegenüber dem Maoismus *Bull* 5
Maoisten vom Krebs des Chauvinismus ergriffen *E* 8.5.75
Zur Verteidigung des Trotzkismus und der Arbeiter-demokratie *E* 22.11.75
Siehe auch: Arbeiterstaaten, China

Wahlpolitik

Zu den Wahlen in Frankreich *KK* 3
SPD, „linke" Wahlpolitik und Kommunismus *KK* 6
Der Bolschewismus-Leninismus und die Nationalrats-wahlen 75 *Bull* 6

Spanien

Fortsetzung von Seite 32

sein, mit ihren bürgerlichen Verbündeten zu brechen und eine Arbeiterregierung zu bilden, eine Regierung, die für die Zerschlagung des franquistischen Staatsapparats kämpfen muß, für die vollständige Auflösung des alten Repressionsapparats, für die Bewaffnung der Arbeiterklasse, *die damit die Bedingungen für die sofortige Einberufung der Konstituierenden Versammlung sichern muß."*

Die hanebüchene Zweckbestimmung des proletarischen Kampfes beim Spartacusbund ist von uns hervorgehoben worden.

Die ganze politische Funktion des Zentrismus — historisch durch die Rolle der POUM in der spanischen



König Juan Carlos: am Hals baumelnd wäre er vielen lieber.

Revolution als linkeste Variante der Verratspolitik erwiesen — wird erneut beim Spartacusbund deutlich. Verbunden mit einem falschen Verständnis der Arbeiterregierung (nicht als Diktatur des Proletariats bzw. unmittelbarste Vorstufe zur proletarischen Diktatur, sondern als Regierung von reformistischen Arbeiterparteien, d.h. von konterrevolutionären Klassenverrätern, auf der Grundlage des kapitalistischen Systems! Siehe ausführlich zur Arbeiterregierung am Beispiel Portugals: *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 11, November 1975) offenbart sich trotz der radikalen Phraseologie — Generalstreik, Aufstand, Bewaffnung der Arbeiterklasse, vollständige Auflösung des Repressionsapparates — seine zentristische Angst, den Kapitalismus zu sprengen. Diese Position unterscheidet sich letztlich nicht vom Stalinismus, der ebenfalls zu Generalstreik usw. bereit ist, um den Status quo von 1936 zu erkämpfen! Dem Spartacusbund geht es wesentlich um die Sicherung einer Konstituierenden Versammlung — einer Versammlung, deren politische Funktion im Rahmen des bürgerlichen Systems liegen wird, die möglicherweise selbst zum Hort der Konterrevolution werden kann. Wir wollen hier nicht spekulieren, ob die Losung der Konstituierenden Versammlung vorübergehend eine beschränkte Bedeutung für die Massen hat, sie auf den revolutionären Weg zu führen (vgl. unsere Position zu Portugal in *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 9, Juni 1975, und Nr. 11, November 1975); worum es uns Revolutionären geht, ist: die Unterordnung des proletarischen Kampfes unter bürgerlich-demokratische Losungen zurückzuweisen, d.h. auch in den Forderungen die Hegemonie des Proletariats (und nicht der Bourgeoisie!!) zum Ausdruck zu bringen! Das spanische Proletariat muß die Lehren seiner historischen Niederlage, verursacht durch Zentrismus und Reformismus, begreifen, um im bevorstehenden Kampf zur Zerschlagung des kapitalistischen Staates und zur Enteignung der Bourgeoisie gewappnet zu sein. *Die* Lehre, die es aus seinen Revolutionskämpfen und dem Bürgerkrieg der 30er Jahre ziehen muß, ist klar: es braucht eine revolutionäre Avantgardepartei als Sektion der wiederzuschaffenden Vierten Internationale!

— Für die proletarische Revolution zur Zerschlagung des Francismus!
— Keine Volksfrontillusionen!
— Vorwärts zur Arbeiterrepublik in Spanien!

Kommunistische Korrespondenz

Für eine Arbeiterrepublik in Spanien!

Francos Tod bewegt die spanische Bourgeoisie zum Pläneschmieden. Wie kann sie eine friedliche Fortsetzung ihrer Diktatur sichern, Spanien möglichst konfliktlos in die EG führen und gleichzeitig so viele Elemente des bonapartistischen „starken Staates" wie möglich bewahren? Ihre Hoffnungen konzentrieren sich auf den neuen König, Juan Carlos de Borbon, Francos Nachfolger. Der Francismus soll über Francos Tod hinaus bewahrt bleiben.

Während die Ultrarechten den Monarchen zu zwingen suchen, keine Konzessionen gegenüber dem Liberalismus zu machen, empfehlen die liberalen Kräfte der Bourgeoisie eine „Demokratisierung" des Regimes. Doch für die Arbeiterklasse gibt es keine demokratische Lösung im Rahmen des Kapitalismus. Bei den ersten Anlässen ernsthafter Konfrontationen zwischen Bourgeoisie und Proletariat werden die demokratischen Pläne der Bourgeoisie verschwinden, sie wird sich in die Arme der starken Verteidiger der bürgerlichen Ruhe und Ordnung flüchten. Das Proletariat darf kein Vertrauen in die Reformisten setzen, die auf eine bürgerliche Liberalisierung hoffen. Es muß bestrebt sein, die barbarische francistische Herrschaft durch die Zerschlagung des Kapitalismus vollends zu überwinden.

Das spanische bonapartistische Regime ist krisengeschüttelt. Die Arbeiterklasse blickt auf eine kämpferische Tradition zurück, gekennzeichnet von breiten illegalen und halblegalen Organisationen und offenen Konfrontationen mit den Kapitalisten und ihrem Staat. Die nationalen Minderheiten rebellieren offen gegen das Madrider Regime. Doch noch hat die Bourgeoisie keine Alternative zu Juan Carlos, der die Kontinuität ihrer Herrschaft wahren soll. Um den Eindruck nationaler Versöhnung zu erwecken, werden kleine, unbedeutende Zugeständnisse gemacht (beschränkte Teilamnestie, beschränkte Tolerierung der Sprachen der nationalen Minderheiten u.a.). Doch solche eher farcenhafte Gesten verändern nicht den Charakter des Regimes. Und die ultrarechten Kräfte stehen in der Reserve, jede „Liberalisierung" einzudämmen und vor allem jede Opposition möglichst zu ersticken.

Volksfrontverrat der Reformisten

Während die extreme Rechte - konzentriert in den korporatistischen Syndikaten, in der Guardia Civil und in politischen, paramilitärischen Polizeieinheiten - eine tödliche Gefahr für die Arbeiterbewegung darstellt, sind die wichtigsten Hemmnisse auf dem Wege zur proletarischen Revolution in Spanien die traditionellen reformistischen Irreführer. Die kämpferische spanische Arbeiterklasse, die in ihren Zentren selbst unter den Bedingungen der Klandestinität gut organisiert war, soll durch die Klassenkollaborationspolitik (in Form von Volksfronten) an die Bourgeoisie gekettet werden.

Allerdings haben die Hauptkräfte der spanischen Bourgeoisie bisher kein Interesse bekundet, auf eine Volksfront zu setzen. Die Einschätzung des Spartacusbundes, daß die Bourgeoisie „immer mehr auf eine Volksfrontlösung setzen" wird, verkennt die Tatsache, daß die spanische Bourgeoisie etwa gegenüber der portugiesischen gegenwärtig noch weit stärker ist. In einer solchen Volksfront aber „große Möglichkeiten" zu sehen, ja, die Volksfront als einen Motor der Revolution zu verstehen: „Ein neues Volksfrontexperiment wird begleitet von einem Aufschwung der Massenkämpfe" (*Spartacus* Nr. 23, Dezember 1975), statt sie als Bremsklotz für die Entfaltung der proletarischen Massenkämpfe zu begreifen, heißt die eigene Kapitulation vorzubereiten. Eine Volksfront wird von der Bourgeoisie und ihren reformistischen Lakaien in einer Situation gebildet, wo es für die Reformisten gilt, sich an die Spitze der Massenkämpfe zu setzen, um diesen jede Sprengkraft zu nehmen und sie im Rahmen des kapitalistischen Systems zu halten.

Sowohl die Demokratische Junta, geführt von der KP, als auch die Plattform der Demokratischen Konvergenz, geführt von der Sozialdemokratie (PSOP), haben unmißverständlich demonstriert, daß sie sich der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems verpflichtet haben. Ihre Politik der „Nationalen Versöhnung" hat sie dazu gebracht, mit Kräften des bestehenden Regimes nach einem „friedlichen Weg" zur „pluralistischen Demokratie" zu suchen. Inzwischen sind beide Volksfrontformationen bereit, sich mit der Monarchie abzufinden, sofern ihnen vom Regime Wahlen in einer Frist von 12 bis 18 Monaten versprochen werden!

Der Zentrismus: Mit linken Phrasen an der Seite der Reformisten

Aber diese Kapitulation vor der Bourgeoisie bleibt nicht nur den Stalinisten und Sozialdemokraten vorbehalten. Selbst Kräfte, die mit radikalen revolutionär klingenden Worten ihre realen Absichten nur verschleiern, wie der Spartacusbund in Deutschland, erheben nicht die Losung der Zerschlagung des Kapitalismus in Spanien, auch sie beschränken ihre Perspektive letztlich auf den Rahmen der Erkämpfung der bürgerlichen Demokratie - allerdings mit den Mitteln des proletarischen Kampfes! Eine wahre Perle zentristischer Haltlosigkeit findet sich in *Spartacus* Nr. 23:

> „Einen konsequenten Kampf gegen das Franco-Regime zu führen, heißt aber heute an die ORGANISIERUNG DES GENERALSTREIKS zu gehen... Der Generalstreik muß übergeleitet werden in den *Aufstand.* Deshalb muß die Propaganda der Revolutionäre für den Generalstreik heute eng mit der Aufforderung an KP und PSOP verbunden

Fortgesetzt auf Seite 31